



Politische Berichte

Nummer 2 / 15. Jahrgang

28. Januar 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

George Orwell hat doch Recht

Jürgen Korell (Kritische Polizisten)
zum „großen Lausangriff“

Die Befürworter des Lausangriffs vertreten die Auffassung, die Semantik stimme nicht und bezeichnen ihn auch als technische Beweismittelsicherung. Tatsächlich ist diese Formulierung treffender. Denn der Große Lausangriff beinhaltet nicht nur das Mithören, sondern bringt zwangsläufig die Observation mit sich. Wie anders sollen die Gesprächsteilnehmer identifiziert werden? Deshalb kann es nur eine Frage der Zeit sein, bis neben der Wanze auch die Videoüberwachung einer Wohnung gesetzlich verankert wird. Es ist nur noch ein kleiner Schritt, um den demokratischen Polizeistaat zu festigen.

Vor fast 25 Jahren wurde von dem Gesetzgeber unter dem Begriff der Notstandsgesetze die Möglichkeit geschaffen, Überwachungsmaßnahmen zuzulassen. In diesem Fall kann dem Bürger der Rechtsweg abgeschnitten werden und er braucht im nachhinein auch nichts über die Überwachung erfahren, wodurch die in Art. 19 Grundgesetz festgelegte Rechtsweggarantie außer Kraft gesetzt werden kann. Heute steht der polizeiliche Einsatz des Militärs zur Diskussion und damit würde der Notstand Normalität. Die absurde Vorstellung, mit Panzerspähwagen gegen angebliche Flüchtlingsströme und mit panzerbrechenden Waffen im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und Terroristen, demontiert das Grundgesetz vollständig.

Die Geheimdienste, BND und Verfassungsschutz, stehen in den Startlöchern, um im sogenannten Vorfeld Organisierte Kriminalität zu ermitteln. Bereits mit der Schaffung neuer Polizeigesetze wurde der Lausangriff zur Gefahrenabwehr in 14 Bundesländern erlaubt und der Grundstein zur engen Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten im Vorfeld der Kriminalität geschaffen, wodurch mehr und mehr die Ermittlungsmethoden übereinstimmen, obwohl der Polizeibrief der Militärgouverneure vom 14. April 1949, ein Dokument von Verfassungsrang, eine klare Trennung von Geheimdiensten und Polizei beschreibt.

Während 1980 noch 766 richterlich genehmigte Telefonüberwachungen von

der Polizei durchgeführt wurden, waren es 1992 schon 3499 richterlich genehmigte Überwachungen. Und trotz der gesteigerten Überwachung stieg die Kriminalität weiter an. Gerne werden die USA als Beispiel für die Befürworter des Lausangriffs herangezogen. Dort werden für das Lauschen jedoch weitaus restriktivere Maßstäbe angelegt. Im Gegensatz zu den USA sind in Deutschland mehrmonatige Telefonüberwachungen möglich, die schon zu 550 Stunden aufgezeichneten Telefongesprächen geführt haben.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen darf nicht vergessen werden, daß in der BRD neben der Polizei die Geheimdienste ebenfalls lauschen. Insbesondere der BND ist technisch dermaßen hochgerüstet, daß er internationalen, über Fernmeldesatelliten, Richtfunk oder Kurzwellen abgewinkelten Fernmeldeverkehr durch sogenannte Wortbanken gezielt abhören kann.

Während die konservativeren Kräfte die Auffassung vertreten, wer nichts zu verbergen hat, braucht auch keine Angst vor dem Abhören zu haben, möchten die liberaleren Befürworter des Lausangriffs ihre Zustimmung an bestimmten Hürden festmachen und vergessen dabei: einmal das Grundrecht eingeschränkt, sind auch die Hürden bald abgeschafft.

So soll der Lausangriff nur bei schwersten Straftaten durch ein Richterkollegium angeordnet werden. Was sind aber schwerste Straftaten? Selbst bei Gefahr im Verzug soll der Richtervorbehalt gelten, und der Betroffene soll ausnahmslos unterrichtet werden. Richtervorbehalte verhindern keine Grundrechtsverletzungen, sie kontrollieren lediglich deren Anlaß und Ausmaß. Aber der Richtervorbehalt beinhaltet nicht gleichzeitig eine richterliche Kontrolle der Maßnahmen. Zudem hat sich in der Praxis herausgestellt, daß die Polizei bei ortsübergreifenden Verfahren versucht, den polizeifreundlichen Richter auszusuchen. Außerdem braucht die Staatsanwaltschaft seit Herbst 1992 dem Richter sogenannte Sonderakten nicht mehr vorlegen, so daß sich der Richter vom Um-



Mehr als 11000 Lohnabhängige in der Metallindustrie beteiligten sich am 24. und 25. Januar in Baden-Württemberg an erneuten Warnstreiks gegen das provokatorische Lohnsenkungsprogramm der Metallkapitalisten. In Mannheim legten am 24. Januar 500 Lohnabhängige bei ABB Kabel und Draht, 1000 bei MWM und 8000 bei Mercedes-Benz jeweils eine Stunde lang die Arbeit nieder, am 25. Januar streikten 1000 Lohnabhängige bei John Deere. Am 25. Januar dehten sich die Warnstreiks auf die ganze Region aus: 150 bei SEB in Bruchsal, 220 bei Metabo in Mürtingen, 350 bei der Fa. Schuler in Göppingen und über 900 Warnstreikende in Stuttgart. Die Verhandlungen am 25. 1. endeten ergebnislos. Diesen Freitag endet die Friedenspflicht. — (rül, Foto: Argum)

fang der Ermittlungen kein Bild machen kann. Dies zeigt, daß im Gegensatz zu den USA der Lausangriff in dieser Republik nicht letztes Mittel sein muß, sondern der polizeilichen Arbeitserleichterung dienen soll.

Mit der Diskussion um den Großen Lausangriff wird die Organisierte Kriminalität zur Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung stilisiert. Nicht die Organisierte Kriminalität begründet eine derartige Gefahr, sondern ausschließlich korrupte Beamte und Politiker. Und welcher Polizeibeamte und Politiker möchte sich vorstellen, daß er selbst Opfer des Lausangriffs wird, weil er selbst oder ein Kollege im Verdacht der Korruption stehen? Schon dies kleine Beispiel verdeutlicht den Konflikt des heimlichen Belauschens mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Heimliche Tonaufnahmen während Vernehmungen sind unzulässig, und die Auswertung schriftlicher Unterlagen, die im Rahmen von Durchsuchungen sichergestellt wurden, obliegt nur der Staatsanwaltschaft.

In einem demokratischen Rechtsstaat kann nicht alles erlaubt sein, um in der Kriminalitätsaufklärung zum Erfolg zu kommen. Es kann nicht sein, daß bei Verletzung der Rechtsmittelbelehrung ein Beweisverwertungsverbot vorliegt,

wie 1992 durch den BGH festgestellt, und beim Belauschen der Wohnung die Würde des Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit auf legalisierter Basis ebenso verletzt wird wie das Recht der Aussageverweigerung. Die Wohnung muß unantastbarer Bereich privater Lebensgestaltung bleiben.

Um derartigen Gedanken einen Riegel vorzuschieben, spricht Bundesinnenminister Kanther vom Belauschen der Gangsterwohnung und beschreibt damit Menschen, die Rechte anderer verletzt haben und deshalb selbst mit Rechtseingriffen rechnen müssen. Doch die Polizei ermittelt nicht gegen Menschen, die von vornherein verurteilt sind, die schon während der Ermittlungen schuldig sind, sondern gegen Tatverdächtige, und die können vor Gericht freigesprochen werden, weil die Beweise nicht ausreichen oder weil sie schlichtweg unschuldig sind. Kanther hält die Einführung des Großen Lausangriffs für unabdingbar und kam darum zu einem taktisch klug gewählten Zeitraum den Vorstellungen der SPD entgegen. Durch einen Straftatenkatalog möchte er das Lauschen auf schwere Straftaten beschränken. Dem Zeugnisverweigerungsrecht will er ebenso Rechnung tragen wie ein Verwertungsverbot gelten soll. Nichts ist leichter zu umgehen als ein derartiges Verwertungsverbot, und

das Zeugnisverweigerungsrecht kann nicht eingehalten werden. Selbst wenn die gewonnenen Erkenntnisse das Zeugnisverweigerungsrecht berühren, bieten sie eine Informationsgrundlage für künftige Ermittlungen. Die Telefonüberwachung soll nach den Vorstellungen von Kanther in das neue Verfahren einfließen. Welcher Ermittler wird sich noch mit Telefonüberwachungen abmühen, wenn er mit der Wanze weit umfangreichere Informationen erzielen kann?

Kriminalität kann lediglich aufgeklärt werden und sollte nach Möglichkeit im Vorfeld verhindert werden. Dies ist zu erreichen, wenn Menschenwürde und Menschenrechte als verinnerlichte Werte breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren. Werte, die ernst genommen dazu führen, daß niemand wegschaut, der Gewalt und andere Kriminalität erlebt, sondern in adäquater Form aktiv wird. Damit ist nicht die Bürgerwehr gemeint, sondern die individuelle Verantwortung, die auch die Polizei in die Lage versetzt, ihrem Schutzauftrag ohne umfangreiche Eingriffsbefugnisse nachzukommen.

Ein Staat, der die Erlaubnis zum Lauschen in der Wohnung gibt, begibt sich auf die moralische Ebene der Kriminellen. Denn dann achtet der Staat die Menschenwürde und andere Grundrechte der Bürger ebenso wenig wie der Straftäter.

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

§ 218 — unendliche Geschichte

Sonja Kiesbauer zu den neuen Gesetzentwürfen von Regierung und SPD

Nach mehreren Monaten der Geheimdiplomatie liegen die neuen Entwürfe der Regierungskoalition und der SPD vor. Und während Frauen aus beiden Lagern laut den Gegensatz beider Entwürfe in den Einzelheiten hervorheben, wird die grundsätzliche Übereinstimmung in der Akzeptanz der Kernaussagen des Karlsruher Urteils verschwiegen. Gerade darin aber liegt der eigentliche Skandal: Während sich die SPD in anderen Fällen wie dem Asylrecht oder bei Blauhelmeinsätzen ohne weiteres an Verfassungsänderungen beteiligte, um eine eindeutig verfassungswidrige Regierungspolitik zu legitimieren, wird der Karlsruher Richterspruch — die Fristenregelung mit Beratungspflicht sei nicht verfassungskonform — als unveränderlich dargestellt.

Angesichts der in dieser Frage gezeigten Einigkeit einer Großen Koalition des

Faktischen muten die Differenzen im Konkreten eher als taktische Manövriermanöver denn als wirklich ernsthafter Dissens an. Der SPD-Entwurf versucht, in der Frage der strafrechtlichen Regelungen und der Finanzierung der Abbruchkosten bestehende Freiräume des Urteils im Interesse der Frauen auszugestalten. Und sie kann in diesen Punkten auch mit der Unterstützung der PDS/Linken Liste rechnen. Die Frage stellt sich aber, wie konsequent der eigene Ansatz dann auch in den Ausschüssen und bei der abschließenden Lesung im Bundestag vertreten wird. Der bereits im Vorfeld gehörte Hinweis auf die sichere Ablehnung des Koalitionsentwurfs im Bundesrat überzeugt jedenfalls wenig.

Welche Möglichkeiten zu alternativen Ansätzen sieht die PDS/Linke Liste?

Zunächst werden die — zu mehr als 50 % weiblichen — Abgeordneten er-

neut, wie bereits 1992, eine Grundgesetzänderung fordern, um das Selbstbestimmungsrecht der Frau endlich unabhängig von Interpretationen durch die JuristInnen verfassungsmäßig zu verankern. Mit einer solchen Grundgesetzänderung wären die §§ 218/219 ff. obsolet. Interessant wird, inwieweit die SPD und Bündnis 90/Die Grünen bereit sind, dies im Interesse der Frauen zu unterstützen. Die Erfahrungen der Vorjahre versprechen da nicht viel.

Gleichzeitig wird der seit mehr als einem Jahr in den Ausschüssen schmorende Antrag der PDS/Linken Liste auf unentgeltliche Bereitstellung aller Verhütungsmittel erneut eingebracht. Drittens wird die Fraktion auch mit Änderungsanträgen zu den vorliegenden Entwürfen Schadensbegrenzung betreiben: — keine Kriminalisierung des Umfeldes der Schwangeren, keine Erweite-

rung des Straftatbestandes der Nötigung;

— Streichung der eugenischen Indikation;

— Aufnahme datenschutzrechtlicher Regelungen in das Gesetz, die sichern, daß im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft erhobene Daten nicht im Zuge der Amtshilfe, durch Beschlagnahme oder anderweitig zuungunsten der Frauen verwendet werden;

— Einmalige und unbefristete Zulassung der Beratungsstellen, Kontrolle ihrer Arbeit anhand von jährlichen Berichten, keine Protokollierung der Beratungsgespräche;

— Sicherung eines bedarfsgerechten Netzes von Beratungsstellen unterschiedlicher Träger.

Sonja Kiesbauer ist Mitarbeiterin der PDS/LL-Bundestagsabgeordneten Petra Bläss

Aus der Begründung des Verfassungsentwurfs

Die Gemeinsame Verfassungskommission (GVK) von Bundestag und Bundesrat, die am 1. Juli 1993 ihre Arbeit beendet hat, war nach ihrem Auftrag, ihrer Zusammensetzung, nach den in ihr geltenden Verfahrensregeln und ihren Ergebnissen kein Organ zur Verfassungsgebung, sondern ein Organ der Vorbereitung von Verfassungsänderungen. Die Absage an eine verfassungsgebende Nationalversammlung im Zuge der staatlichen Vereinigung Deutschlands bereits im Artikel 5 des Einigungsvertrages negierte das politisch-historische und verfassungsmäßige Recht des deutschen Volkes auf Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die im Falle der Einheit Deutschlands nach Artikel 146 des Grundgesetzes an die Stelle des Grundgesetzes der Alt-BRD treten sollte. Mittels der GVK wurde die Verfassungsverweigerung institutionalisiert. Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung bleibt eine wichtige Aufgabe der Politik. Die Vorlage eines Gesamtentwurfs der PDS/Linke Liste versteht sich als Angebot zur Realisierung dieser Aufgabe. Sie will deutlich machen, daß nur über eine neue Verfassung und nicht über einzelne Korrekturen am Grundgesetz den zentralen Verfassungsforderungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland wie auch dem vielgestaltigen, sehr grundsätzlichen Reformbedarf der Verfassungsordnung im staatlich vereinigten Deutschland entsprochen werden kann.

... Nach dem vom Volk erzwungenen Ende des Regierungssystems in der DDR im Oktober/November 1989 konstituierte sich der Runde Tisch und sein Verfassungsausschuß als Organ der Verfassungsgebung und legte im April 1990 seinen Verfassungsentwurf vor, dessen Annahme die am 18. März 1990 gewählte Volkskammer ganz offenkundig auf Ratschlag und Druck der Bundesregierung ablehnte.

Alle relevanten politischen Kräfte Ostdeutschlands hatten an dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches mitgearbeitet, verständigten sich im Verlaufe ihrer Zusammenarbeit über die negativen und positiven Erfahrungen mit dem Verfassungsrecht und der Verfassungswirklichkeit der DDR wie auch mit den Erfahrungen der BRD-Bürger hinsichtlich des Grundgesetzes. Im Scheitern dieses Entwurfs offenbart sich die Tragik der Verfassungsgeschichte im Jahr der deutschen Einheit. Den DDR-Bürgern wurde damit verweigert, ihre Verfassungserfahrungen selbst aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Verfassungsrechts zu ziehen. (...)

PDS reicht einen neuen Verfassungsentwurf ein

„In der Tradition des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches und des Kuratoriumsentwurfs“

Am 12. Januar hat die PDS/LL im Bundestag den kompletten Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt. Der Entwurf umfaßt 167 Verfassungsartikel (von einer neuen Präambel bis zur Fortgeltung der Kontrollratsbeschlüsse „zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalismus und Militarismus“, dargestellt und erläutert auf 118 Seiten. Wir dokumentieren die Pressemitteilung des rechtspolitischen Sprechers der PDS/LL, Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, und Auszüge aus dem allgemeinen Teil der Begründung des Gesetzesentwurfs. — (rül)

Erklärung von Uwe-Jens Heuer

Der von der Gruppe PDS/Linke Liste im Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage über die Annahme einer neuen Verfassung vorgelegte Verfassungsentwurf versteht sich als Diskussionsangebot an all diejenigen, die mit der bisher praktizierten Politik der Verfassungsverweigerung nicht einverstanden sind. Im Sinne dieses Entwurfs werden wir in den Bundestagsdebatten um die Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat unsere Position deutlich machen, daß nur über eine neue Verfassung und nicht über einzelne Korrekturen am Grundgesetz dem vielgestaltigen und sehr grund-

sätzlichen Reformbedarf der Verfassungsordnung im staatlich vereinigten Deutschland entsprochen werden kann. Zugleich werden wir all die Empfehlungen der GVK wie auch darüber hinausgehende Vorschläge anderer Bundesparteien zur Grundgesetzänderung unterstützen, die auf eine Grundgesetzverbesserung abzielen.

Die Absage an eine neue Verfassung gemäß Artikel 146 Grundgesetz, die dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wird, war einer der gravierendsten Geburtsfehler der staatlichen Vereinigung Deutschlands. Wir sind dafür, ihn zu korrigieren.

Der vorliegende Verfassungsentwurf der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag sieht sich in der Tradition des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches und des Kuratoriumsentwurfs. Er folgt in vielen den strukturellen Lösungen und den Detailregelungen der neuen Verfassung für das Land Brandenburg. Er stützt sich auf Vorschläge des DGB, der Frauenverbände, von Demokratieinitiativen, von Wohlfahrtsverbänden, Behindertenorganisationen und der Friedensbewegung. Er geht davon aus, daß es grundlegenden Reformbedarf insbesondere in zehn Bereichen des Verfassungsrechts im staatlich vereinigten Deutschland gibt:

Erstens bedarf es nach dem Ende des Kalten Krieges eines friedenspolitischen Verfassungskonzepts für die Bundesrepublik Deutschland, das gegen erneutes militärisches Großmachtstreben durchgesetzt werden muß.

Zweitens geht es um eine neue Qualität von Demokratie und damit um die Verankerung der Volksgesetzgebung und vielfältiger Teilhaberechte und neuer Freiheitsrechte in einer gesamtdeutschen Verfassung, die sowohl die seit jeher bestehenden als auch die in jüngerer Zeit offenbar gewordenen Demokratiedefizite des Grundgesetzes überwindet.

Drittens ist das Sozialstaatsangebot durch konkrete soziale Grundrechte und Staatsziele zu fundieren, so daß die gravierendsten sozialen Ungerechtigkeiten überwunden werden können.

Viertens gilt es verfassungsrechtliche Lösungen für eine Kontrolle der Gesellschaft über das große Eigentum und damit für eine Demokratisierung der Wirtschaft zu finden.

Fünftens sind verfassungsrechtliche Konsequenzen aus dem Umstand zu ziehen, daß die Einheit Deutschlands nicht, wie entgegen den Realitäten in der mit dem Einigungsvertrag geänderten Grundgesetzprämisse behauptet wird, „vollendet“ ist, sondern ihre Vollen-

dung augenscheinlich Jahrzehnte dauern wird.

Sechstens geht es angesichts der akuten Gefährdung der natürlichen Umwelt nicht lediglich um die verfassungsrechtliche Fixierung eines Staatsziels Umweltschutz, sondern um den ökologischen Umbau der gesamten Verfassungsordnung.

Siebtens steht die Aufgabe, die Selbstbestimmung und Gleichstellung der Frauen gegen gefestigte patriarchalische Strukturen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mittels deutlich erweiterter Frauenrechte durchzusetzen.

Achtens sind verfassungsrechtliche Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die BRD ihren Beitrag zur Überwindung von Unterentwicklung und Armut in der Welt zu leisten hat, und in ihr Millionen ausländische Bürgerinnen und Bürger ständig leben und arbeiten, ohne im Besitz der vollen Bürgerrechte zu sein.

Neuntens geht es um ein verfassungsrechtliches Konzept zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gegen Reglementierung und fehlende Finanzausstattung.

Zehntens geht es um die Korrektur von antiquierten verfassungsrechtlichen Regelungen über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, PDS/LL, 12. 1. 94

Kinkels „strategische Allianz“ mit der TR

Die BRD vereinbart regelmäßige Konsultationen mit Großbritannien und dem Regime in der Türkei

Man wolle „eine gemeinsame Außenpolitik durch regelmäßige Treffen institutionalisieren“. Mit dieser Nachricht warteten Bundesaußenminister Kinkel, der britische Außenminister Hurd und Sprecher der türkischen Regierung nach einem Besuch von Kinkel und Hurd in Ankara am 20. Januar auf. Man wolle künftig „kontinuierliche trilaterale Gespräche“ durchführen. „Differenzen in der Kurdistan-Frage“, die es vorher gegeben habe, seien durch das Verbot der PKK und kurdischer Vereine in Deutschland, mit dem die Bundesregierung „türkischen Wünschen entsprochen“ habe, beigelegt.

Bundesaußenminister Kinkel sprach sogar von einer „Fürsorgepflicht“ — angeblich gegenseitig — zwischen der BRD und der Türkei. „Dazu gehöre die doppelte Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht“ für türkische Staatsbürger in der BRD. „Im Gegenzug dazu äußerte er den Wunsch, daß deutsche Touristen und deutsche Ein-

richtungen in der Türkei Schutz vor Anschlägen der PKK oder anderer Gruppierungen genießen sollten.“

Generell habe man über Fragen einer „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen den drei Staaten beraten.

Im ersten und zweiten Weltkrieg waren der deutsche und der britische Imperialismus militärische Gegner — auch im Kampf um die Kontrolle und Ausbeutung des Nahen und Mittleren Ostens. Der deutsche Imperialismus stützte das Osmanische Reich, um mittels dieses zu tiefst reaktionären Regimes seine Expansion auf dem Balkan gegen Serbien und Griechenland vorantreiben zu können und zugleich Zugriff auf die Ölquellen Rußlands (Baku) und des Nahen Ostens zu gewinnen. Massaker des osmanischen Regimes an den Armeniern und der türkischen Nachkriegsführung unter Atatürk an Griechen und Kurden beeindruckten die deutsche Staats- und Militärführung wie deutsche Konzerne damals ebensowenig wie heute die Mas-

saker der Türkischen Republik an den Kurden.

Auch heute richtet sich die deutsch-britisch-türkische Allianz sowohl gegen Serbien wie auch gegen die Völker auf dem Territorium und in der Nachbarschaft der Türkischen Republik — vor allem also gegen die Kurden, sodann gegen die Armenier usw. Sie ist eine Allianz von Unruheherden, von zu Krieg und Völkermord bereiten oder beides bereits praktizierenden Staaten. Die Bevölkerung der Türkei, die schon jetzt unter dem ihr von dem herrschenden Regime auferlegten Krieg gegen die Kurden und unter der harten Ausbeutung und Knechtung durch türkische Kapitalisten, Militärs und Großgrundbesitzer schwer zu leiden hat, soll für diese Allianz das Kanonenfutter stellen.

Der Westen wolle „eine mächtige Türkei“, frohlockt die Regimezeitung *Hürriyet* in Ankara über die Ergebnisse des Treffens. Als nächster Schritt soll eine formelle Assoziierung der Türkei

mit der WEU erfolgen, um die türkische Armee auf diesem Wege noch massiver auszurüsten und zugleich für deutsche und britische Militärpläne noch besser verfügbar zu machen. „Engere Anbindung an die Europäische Union“ heißt dafür die Devise. Nur noch als zynische Täuschung der Öffentlichkeit kann deshalb gewertet werden, wenn Kinkel und Hurd verbreiten, die Türkei müsse ihre Menschenrechtspolitik verbessern bzw. dort noch „Hausaufgaben machen“.

Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen das türkische Regime wird durch diese Allianz noch schwerer, Widerstand in der BRD gegen die menschenverachtende Außenpolitik dieser Regierung und gegen die deutschen Waffenlieferungen an die Türkische Republik umso wichtiger.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 1. 94 — (rül)

Siehe auch unseren Bericht auf Seite 5 über den Krieg in Kurdistan.

Aktuell in Bonn

Treuhand und Ausland

Laut Treuhand-Anstalt haben ausländische Unternehmen in den neuen Bundesländern „Investitionszusagen“ von 20 Milliarden Mark und „Beschäftigungszusagen“ über 145.245 Arbeitsplätze gemacht hätten. Verschwiegen wird: 1. Ein großer Teil der übernommenen Unternehmen wurde verschenkt; oft übersteigen bereits die Grundstückspreise die Übernahmesummen. 2. Die Treuhand hat die ehemaligen DDR-Unternehmen, soweit sie sie nicht am langen Arm aushebeln läßt, fast exklusiv für deutsches privates Kapital reserviert. Ausländische Firmen kamen nur dann zum Zug, wenn politische Gefälligkeiten sinnvoll erschienen — etwa beim Elf Aquitaine-Einstieg in Bitterfeld. 3. Die „Zusagen“ sind völlig unverbindlich und werden vielfach heute bereits nicht eingehalten.

Bonn vor UNO-Kadi

Bonn muß sich am 31. 1. 94 vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf verantworten. Das Außenministerium weiß laut internem Vermerk, daß es sich hier um einen „höchst ungewöhnlichen“ Vorgang handelt und entsendet sicherheitshalber seine Nr. 1, Kinkel,

nach Genf. Bonn wird vor der Menschenrechtskommission mit „Beschwerden wegen fremdenfeindlichen Vorfällen in Deutschland“ wie Brandanschlägen auf Asylbewerberheime konfrontiert. Darüber hinaus steht die Klage thüringischer Lehrerinnen und Lehrer auf der Tagesordnung, die wegen ihrer Mitarbeit in der SED ihren Job verloren und faktisch Berufsverbot erhielten.

Kripo hört legal mit

In Geiste der Legalisierung des „Großen Lauschangriffs“ und in einer Art Vorwegnahme dieser Verfassungsänderung schrieb der Bundesgerichtshof seine eigene Rechtsprechung in Sachen Fernmeldegeheimnis „fort“. Unter dem Aktenzeichen BGH 2 StR 400/93 wird festgehalten: Das Fernmeldegeheimnis gilt generell nur gegenüber dem Staat, nicht aber zwischen den Kommunizierenden. Stimmt ein Telefon „partner“ zu, daß abgehört wird, dann darf ein Dritter auch dann mithören, wenn davon der zweite „Partner“ nicht informiert ist. Die Aussage des Dritten ist gerichtsverwertbar. Es sei dabei unerheblich, ob dieser Dritte eine Privatperson oder ein Polizeibeamter sei.

PDS gegen Postprivatisierung

In einem fein aufeinander abgestimmten Vorgehen hat die PDS am 20. 1. einen Antrag im Bundestag eingereicht, in

welchem sie „die Privatisierung der Post- und Telekommunikation“ ablehnt, auf das negative Beispiel der britischen Telecom-Privatisierung verweist, wo „Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen als Kleinkunden mittels hoher Tarife die Niedrigtarife der Großkunden zu finanzieren helfen“. Insbesondere fordert die PDS zu verhindern, daß die Postdienste „in den Randbezirken der Städte und im ländlichen Raum weiter ausgedünnt werden“. Tags darauf wurde bekannt: Die Telekom will im Rahmen ihrer Vorbereitung auf die Privatisierung 10.000 öffentliche Telefonzellen, vor allem im ländlichen Raum, abbauen. Diese seien schlicht „unrentabel“.

Wahlrecht: PDS-Anträge abgelehnt

Regierungsparteien, SPD und zu Bündnis 90/Grüne haben Mitte Januar in den Ausschüssen des Bundestags sämtliche von der PDS eingereichten Anträge zur Reform des Wahlrechts abgelehnt. Im einzelnen wurden abgelehnt: Die Einführung eines Ausländerwahlrechts, die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Einführung von „Präferenzstimmen“ (und damit die Möglichkeit für Wahlberechtigte, die Reihenfolge der von den Parteien aufgestellten Listenkandidat/innen zu ändern), die Änderung der 5%-Klausel zu einer 3%-Klausel oder einer regionalen Klausel

wie bei der letzten Bundestagswahl. Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich bei der Abstimmung über das von der PDS beantragte Ausländerwahlrecht, bei allen anderen Abstimmungen stimmten sie mit SPD und Regierungsparteien gegen die PDS oder waren gar nicht erst zur Abstimmung erschienen.

Gegen Grundsicherung

„Die Bundesregierung lehnt jegliche Grundsicherung ab, weil sie das Sozialsystem sprengt und zu größten sozialpolitischen Verwerfungen führen würde.“ Mit dieser zynischen Begründung lehnte der Parlamentarische Staatssekretär Horst Günther (CDU) im Januar den Antrag der PDS/LL auf Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung ab. Auch die SPD stützte die Regierung: Noch nicht einmal den PDS-Antrag auf Durchführung einer Sachverständigenanhörung zur zunehmenden Armut mochte sie unterstützen. Die sozialpolitische Sprecherin der PDS, Petra Bläss, wiederholte die Forderung an die Regierung, einmal jährlich einen „Armutsbericht“ vorzulegen.

Beugehaft gegen Mies und Fritsch

Weil sie die Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestags zu Schalck-Golodkowski ablehnen, droht dem früheren DKP-Vorsitzenden Herbert Mies und dem früheren Präsidiums-

mitglied Kurt Fritsch jetzt Beugehaft. Bereits bei ihrer ersten Vernehmung hatten Mies und Fritsch Aussagen prinzipiell verweigert und gegen das „politische Verfahren“ protestiert, einer zweiten Ladung waren sie aus gesundheitlichen Gründen nicht gefolgt. Am 19. Januar beantragte der Ausschuß daraufhin beim Bonner Gericht Beugehaft gegen beide Politiker. Der PDS-Sprecher Uwe-Jens Heuer kritisierte: „Während die Nähe namhafter Vertreter anderer Parteien zu Herrn Schalck keine Veranlassung bot, diese vor den Untersuchungsausschuß zu laden, werden ausgerechnet die ehemaligen führenden DKP-Mitglieder einbestellt und sollen jetzt mit Beugehaft zur Aussage gezwungen werden. Damit wird der untaugliche Versuch, deutsche Geschichte mit Hilfe der Justiz ‚aufzuarbeiten‘, fortgesetzt.“

Was kommt demnächst?

Am 26. 1. verabschiedet das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht. Am 30. und 31. 1. ist Kohl zu Besuch in Washington. Am 4. Februar ist die nächste Sitzung des Bundesrats, bis dahin muß, wenn überhaupt, eine Vereinbarung zur Pflegeversicherung zwischen Regierung und Opposition erreicht sein. Am 13. 3. sind Landtagswahlen in Niedersachsen, am 20. 3. die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein.

Eine Partnerschaft für den Unfrieden

Von Angelika Beer
(Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ergebnisse des NATO-Gipfels im Januar 1994 lassen den Eindruck entstehen, daß nun endgültig von der Siegermacht NATO gesprochen werden kann.

Mit der Formel „Partnerschaft für den Frieden“ hat US-Präsident Clinton der NATO den Weg aus der Sinnkrise aufgezeigt. Das Militärbündnis West, seit Auflösung der Warschauer-Vertrags-Organisation als nunmehr größter Militärpakt um seine Legitimation besorgt, hat den bereits geschaffenen Feindbildern des Fundamentalismus und der Gefahren aus dem Süden nun ein — endlich wirksames — drittes Feindbild hinzugefügt: Schirinowski hat dafür gesorgt, daß das „westliche Verteidigungsbündnis“ endlich die mit dem Ende des Kalten Krieges verlorengegangene Gefahr aus dem Osten wiedergefunden hat. Gesichert scheint nun nicht nur die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Fortbestand der NATO, sondern darüber hinaus auch für deren Ausdehnung gen Osten.

Es soll und darf nicht ignoriert werden, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit verbundene tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise zu einem Aufstieg einer rotbraunen Allianz der Reformgegner in Rußland geführt hat. Sie propagieren imperialistische Drohungen gegen die unabhängig gewordenen Nachbarstaaten und wollen die Einrichtung einer nationalchauvinistischen Diktatur. Aber die Forderung der mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich durch diese Entwicklung bedroht fühlen, nach Aufnahme in die NATO bietet nur eine scheinbare Sicherheit.

Eine Formierung des westlichen Bündnisses als Gegenpol zu Rußland würde ein Wiederaufleben der atomaren Konfrontation des Kalten Krieges und

das politische Ende der demokratischen Kräfte in Rußland bedeuten. Die Politik einer NATO-Ausdehnung nach Osten stellt kein Konzept zur Schaffung von Sicherheit in Europa dar, sondern ist der Grundstein für eine Partnerschaft der Unsicherheit. Sie würde zu einer Vergrößerung der Gefahr einer kriegerischen Konfrontation beitragen.

Das gezielte Schüren von Ängsten und Unsicherheiten war schon immer ein geliebtes Instrument der NATO. Die Beschlüsse des NATO-Gipfels zeigen aber auf, daß es ihr um die Durchsetzung eigener Interessen geht und nicht um eine von Gorbatschow initiierte Politik zur Schaffung des Gemeinsamen Hauses Europa.

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, wurde unter der Scheindebatte der Osterweiterung der NATO eine aggressive Militärstrategie des westlichen Bündnisses weiter umgesetzt. Mit der Aufgabenerweiterung für die WEU und dem Konzept für multinationale Eingreifverbände („Combined Joint Task Forces“) hat das westliche Bündnis nun endgültig den Schritt von einem zweifelhafte Verteidigungsbündnis zur weltweit einsatzfähigen Militärallianz vollzogen. Die Einbeziehung osteuropäischer Staaten in die Militärstruktur wird nicht über eine offizielle Aufnahme in die NATO, sondern über die Hintertür WEU erfolgen.

Bisher gegenüber der NATO sehr kritische Journalisten, PolitikerInnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Menschen aus der Friedensbewegung haben den Gedanken der Osterweiterung der NATO sehr positiv aufgenommen.

Dieser „Trend“ gefährdet alle langfristig entwickelten Strategien einer nichtmilitärischen Konfliktlösung und radikalen Abrüstung.

Wir sind mit dem Phänomen eines Gedächtnisschwundes konfrontiert. Die

gemeinsame Analyse, daß die NATO als Militärbündnis strukturell unfähig ist, um neue, immer komplizierter werdende politische und zivile Aufgaben in einem gesamteuropäischen System gemeinsamer Sicherheit wahrzunehmen, wird ad acta gelegt.

Aktive Friedenspolitik darf sich nicht in dieses Fahrwasser begeben. Jeder Mensch, der eine Ausdehnung der NATO statt ihrer Abschaffung fordert, muß sich darüber im Klaren sein, daß er damit die NATO-Strategie des atomaren Erstschlages akzeptiert. Daß er out-of-area-Einsätze zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen befürwortet, die Ausbeutung der „Dritten Welt“, die Abschottung Westeuropas gegen die verheerenden Folgen dieser Politik betreibt und einer neuen Aufrüstungsspirale das Wort redet.

Die Beschlüsse des NATO-Gipfels sind eine Herausforderung für die aktive Friedenspolitik, sich den Problemen zu stellen und nichtmilitärische Antworten zu geben. Hierzu gehört eine Strategie zur Abschaffung aller Militärbündnisse, die Abschaffung der nationalen Armeen und parallel hierzu der Auf- und Umbau eines europäischen gesamteuropäischen Sicherheitssystems, das aus allen europäischen Ländern besteht und das über wirtschaftliche und politische Instrumente verfügt, um Konflikte zwischen Mitgliedsstaaten — aber auch in Mitgliedsstaaten — zu schlichten. Dieses Ziel sowie die Sicherung der Menschenrechte ist nicht militärisch, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege zu erreichen. Ein solches System gemeinsamer Sicherheit ist durch den Umbau und die Stärkung der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) zu erreichen. Eine KSZE als regionale, nichtmilitärische Sicherheitsorganisation.

DOKUMENTIERT

Erklärung des NATO-Gipfels in Brüssel, 10. und 11. Januar 1994 (Auszüge)

1. ... Wir begrüßen das neue Klima der Kooperation, das sich in Europa mit dem Ende der durch den Kalten Krieg verkörperten Periode weltweiter Konfrontation eingestellt hat. Wir müssen aber auch feststellen, daß andere Ursachen für Instabilität, Spannung und Konflikt entstanden sind. Wir bekräftigen daher die bleibende Gültigkeit und Unverzichtbarkeit unserer Allianz ...
2. Wir bekräftigen unser nachdrückliches Bekenntnis zur transatlantischen Bindung, die das tragende Fundament der NATO bildet. Die weitere Präsenz substantieller Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa ist ein entscheidend wichtiger Aspekt dieser Bindung. Alle unsere Länder wünschen die weitere unmittelbare Einbeziehung der Vereinigten Staaten und Kanadas in die Sicherheit Europas ...
3. ... Wir begrüßen das Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht und das Entstehen der Europäischen Union, die den europäischen Pfeiler der Allianz stärken und das Bündnis in die Lage versetzen wird, einen geschlosseneren Beitrag zur Sicherheit aller Bündnispartner zu leisten ...
4. Wir unterstützen uneingeschränkt die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die — wie im Vertrag von Maastricht gefordert — in der längerfristigen Perspektive einer mit der Politik der Atlantischen Allianz zu vereinbarenden gemeinsamen Verteidigungspolitik innerhalb der Europäischen Union führen könnte ...

Die Allianz und die Europäische Union teilen gemeinsame strategische Interessen.

5. Wir unterstützen die Stärkung des Europäischen Pfeilers der Allianz durch die Westeuropäische Union, die zur Zeit als die Verteidigungskomponente der Europäischen Union ausgebaut wird ... In künftigen Krisenlagen werden NATO und die WEU sich beraten, soweit erforderlich auch gemeinsame Ratsreffen, um zu klären, wie solche Krisenlagen anzugehen sind.
6. Wir sind daher bereit, auf der Grundlage von Konsultationen im Nordatlantikat kollektive Ressourcen des Bündnisses für WEU-Operationen zur Verfügung zu stellen, die von den europäischen Bündnispartnern in der Verfolgung ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen werden ...
7. In der Wahrnehmung unserer gemeinsamen transatlantischen Sicherheitserfordernisse wird die NATO zunehmend aufgefordert werden, Aufträge durchzuführen, zusätzlich zur traditionellen und grundlegenden

Aufgabe der kollektiven Verteidigung

8. Vor diesem Hintergrund muß die NATO die Anpassung ihrer Kommando- und Streitkräftestruktur entsprechend der im Strategischen Konzept der Allianz enthaltenen Forderungen nach flexiblen und zeitgerechten Reaktionen fortführen ...
9. ... Als Teil dieses Prozesses billigen wir das Konzept alliierter Streitkräftekommandos als Mittel, Operationen in Krisenlagen zu erleichtern, auch solche mit teilnehmenden Ländern von außerhalb der Allianz ...
12. ... Wir haben daher den Wunsch, Bindungen zu den demokratischen Staaten im Osten von uns zu festigen. Wir bekräftigen, daß die Allianz, wie in Artikel 10 des Washingtoner Vertrages vorgesehen, für eine Mitgliedschaft anderer europäischer Staaten offenbleibt, die in der Lage sind, die Grundsätze des Vertrags zu fördern

13. Wir haben beschlossen, ein praktisches Sofortprogramm auf den Weg zu bringen, das die Beziehung zwischen der NATO und den Teilnehmerstaaten verändern wird ...
14. ... Die Partnerschaft wird die politische und militärische Zusammenarbeit in ganz Europa erweitern und intensivieren, Stabilität festigen, Bedrohungen für den Frieden verringern und gestärkte Beziehungen aufbauen durch die Forderung des Gedankens der praktischen Kooperation und das Eintreten für demokratische Grundsätze, die unser Bündnis bestimmen

15. Zur Förderung engerer militärischer Zusammenarbeit und Interoperabilität werden wir im Rahmen der Partnerschaft Übungen zur Friedenswahrung ab 1994 vorschlagen.

25. ... Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, unter der Autorität des UN-Sicherheitsrates und in Übereinstimmung mit den Entscheidungen aus der Allianz vom 2. und 9. August 1993 Schläge aus der Luft durchzuführen, um die Einschränkung von Sarajevo, der Schutzzonen und bedrohter Gebiete in Bosnien-Herzegowina zu verhindern ...

Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 17. Januar 1994, S. 17f.

(Es folgen Ausführungen gegen den „internationalen Terrorismus“, über die Entwicklung „demokratischer Institutionen“ in Rußland und der Ukraine, über die „Lage im Südkaukasus“, die „Sicherheit im Mittelmeerraum“, den „Konflikt im ehemaligen Jugoslawien“. Hierzu heißt es ausdrücklich unter Punkt 25:)

Die NATO nicht nach Osten ausdehnen!

Presseerklärung von
Dr. Hans Modrow, PDS/LL

Mit wohlklingenden Worten von Frieden und Sicherheit und als Angebot zur „Partnerschaft“ werden interessierten Staaten in Osteuropa bilaterale Abkommen über eine militärische Zusammenarbeit und eine „künftige Beitrittsperspektive“ zur NATO angeboten. Ist das wirklich ein Schritt in die richtige Richtung?

Was als „Partnerschaft für den Frieden“ ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit eine Mogelpackung. Erstens ist es keine wirkliche Partnerschaft, denn dann müßten ihr ein anderes Sicherheitsdenken und veränderte Strukturen — ein System für die Sicherheit Europas und nicht nur für die NATO — zugrunde liegen. Zweitens dient sie nicht dem Frieden. Ob man es will oder nicht, wird von der ganzen Konstruktion der „Partnerschaft“ wie von den nun einmal bestehenden Strukturen her Moskau nicht zum Partner, sondern zum Gegner erklärt. Mit ihrer Zustimmung zu dieser NATO-Erklärung beweist die Bundesregierung einmal mehr, daß sie auch auf dem besonders sensiblen Gebiet der Sicherheitspolitik eine äußerst risikoreiche, noch immer vom alten Blockdenken bestimmte Politik betreibt. Statt mit Verantwortungsbewußtsein auf ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem hinzuwirken, das allen beteiligten Staaten gleiche Sicherheit gewährleistet, geht es ihr ausschließlich darum, die NATO, der der Feind abhandeln gekommen ist, zu erhalten und sie durch eine „europäische Komponente“ in Gestalt der WEU, in der vor allem die Bundesrepublik das Sagen hat, zu ergänzen. Dafür werden nach Beendigung des Ost-West-Konflikts — und das ist sicherheitspolitisch besonders sträflich — die Staaten in erster, zweiter und dritter Ordnung mit angeblich unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnissen eingeteilt. Das aber zeugt von einer politischen Ignoranz und Mißachtung historischer Zusammenhänge, die in Europa in diesem

Jahrhundert nicht nur einmal mit hohem Blutzoll bezahlt wurden. Schon immer war die Bildung und Ausdehnung von Militärkoalitionen der Vorbote gefährlicher politischer Konfrontationen.

Außerdem, so muß man fragen, kann oder will man sich wirklich nicht in Gefühle und Reaktionen der Menschen in Moskau, Minsk oder Kiew versetzen, wenn sie jetzt mit der Perspektive leben müssen, daß NATO-Kommandos und -truppen bis an ihre Landesgrenzen vorrücken? Alle Völker haben ein Recht auf Sicherheit. Sie kann nur als gemeinsame Sicherheit, nicht als Sicherheit nur für einige funktionieren. In einer Zeit, da Vertrauen in den internationalen Angelegenheiten und vor allem im Verhältnis zu Rußland besonders wichtig ist, muß eine solche Politik, auch wenn das nicht beabsichtigt sein mag, Argwohn und Mißtrauen schüren. Sie widerspricht auch einer Verpflichtung, zu der sich die

Bundesregierung mit ihrer Unterschrift zum 2 + 4-Vertrag ausdrücklich bekannt hat — „auf Dauer die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen“. Es ist unverantwortlich, wenn gerade deutsche Politiker wie Minister Rühle erklären, daß es jetzt darum gehe, die Visegrad-Staaten und die baltischen Länder schrittweise an die NATO heranzuführen. Das heißt im Klartext nichts anderes, als den Militärpakt NATO bis an die Grenzen Rußlands und anderer GUS-Staaten auszudehnen. Die Ausdehnung der NATO nach dem Osten wäre ein verhängnisvoller Fehler. Sie darf nicht Wirklichkeit werden. Es ist deshalb höchste Zeit, die KSZE aus ihrem künstlich verordneten Dämmerzustand zu erwecken und in ihrem Rahmen und ihren Institutionen endlich ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dem alle Staaten des Kontinents den gleichen Sicherheitsstatus genießen.



KOMMENTIERT

Geplant: Umfassungskrieg gegen Serbien

Die NATO-Staaten haben mit ihrem Angebot Mittel- und Südosteuropa zu ihrer Einflußsphäre gemacht. Für die Staaten der GUS entsteht daraus eine militärische Bedrohung.

Für die übrigen Länder des früheren Warschauer Paktes wird die, wie es stereotyp heißt, „Unumkehrbarkeit der Reformen“ zur Sache der NATO gemacht und damit von der Willensbildung in diesen Ländern abgekoppelt.

Die unfriedliche Neuordnung der angesprochenen Länder durch den NATO-Vorstoß ist aber nicht nur auf eine konfliktreiche Zukunft hin gestaltet, sondern auch wegen der Kriegsführung auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien.

Die indirekte Kriegsführung durch finanziell und technisch am Gängelband gehaltene Staaten und Banden hat nicht ermöglicht, überall Regimes einzusetzen, die den Großmächten der NATO genehm wären. Auch die Garantie einer Luftsicherheit durch die NATO hat dazu erwartungsgemäß

nicht gereicht. Nun wird die Intervention mit eigenen Truppen vorbereitet.

Eine Intervention kann von der Adria aus gegen die Widerstände, die sie zweifellos sogar neu wecken würde, nicht mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden. Nur ein Angriff von Norden und Osten her bietet die Chance für die angestrebte Niederwerfung Serbiens.

Österreich wurde bei so einem Unternehmen aus einem Imperium („Donaumonarchie“) zu einem kleinen Land („Alpenrepublik“), schlechte Erfahrungen, die vielen Österreichern den Status der immerwährenden Neutralität verteidigungswert machen.

Die jetzt angesetzte NATO-Strategie zielt darauf, Tschechien, die Slowakische Republik, Ungarn, Rumänien und Bulgarien zum Aufmarschgebiet der NATO zu machen.

Als erstes Land hat bei Redaktionsschluß Rumänien das NATO-Angebot bereits angenommen. (Siehe auch unsere Karte unten auf dieser Seite.) — maf)

Die Rebellion der Vergessenen

Aus Chiapas, Mexiko,
berichtet Jutta Klab

Tötet sie, vernichtet sie ein für alle Mal... — die alte, aus der Zeit der Diktatur Porfirio Díaz stammende Losung der Großgrundbesitzer wurde am 21. Januar in Ocosingo erneut aufgegriffen, in der Demonstration der insgesamt 150 Viehzüchter, die abstritten, „caciques“* zu sein, Händler, die verneinten, verantwortlich für die enormen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel seit Ausbruch des bewaffneten Aufstandes zu sein, und „kleine Landbesitzer“, die verärgert auf den Vorwurf reagierten, in Wahrheit Großgrundbesitzer zu sein.

Die Demonstration der lokalen Oligarchie von Ocosingo, einer der in den ersten Januartagen von der EZLN besetzten Gemeinden, und ihr Ruf nach Vernichtung der „indios zapatistas“ ist Ausdruck der Polarisierung zwischen den Anhängern der militärischen „Lösung“ und der „Verhandlungslösung“ innerhalb Chiapas und dem Rest des Landes, vor dem Hintergrund der Entscheidung der Regierung, die politische Lösung des Konfliktes in den Mittelpunkt zu stellen.

Die demonstrierenden Viehzüchter, Händler und „kleinen Landbesitzer“ drückten das aus, was Fidel Velsquez, der 90jährige Führer der regierungstreuen und den „Arbeiterflügel“ der PRI** darstellenden Gewerkschaftszentrale CMT (Föderation der mexikanischen Arbeiter) bereits am 10. Januar „im Namen der mexikanischen Arbeiter“ (!) in seiner monatlichen Pressekonferenz gefordert hatte.

Und: der Widerstand der Kommandoebene der mexikanischen Armee, die Befehle Salinas — einseitige Feuereinstellung, Rückzug aus den faktisch besetzten Städten und Dörfern und Respektierung der Menschenrechte — umzusetzen, unterstreicht die Polarisierung und die sich abzeichnenden Brüche in den herrschenden Kreisen Mexikos.

„Die noch ungewissen und beängstigende Situation in Chiapas kann, wenn der Dialog und nicht die Kugeln vorherr-

schen, die Geburtsstunde eines demokratischen Mexikos sein“. So der Historiker Enrique Krauze, dessen Hoffnung von großen Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Und offiziell hat die Regierung Salinas nach anfänglichem Zögern die Weichen für eine politische Lösung gestellt. Nachdem die Kabinettsumbildung mit der für mexikanische Verhältnisse historischen — weil Ansätze von

Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) übertragen. Dies alles wird als indirekte Anerkennung der Bedeutung der „Zivilgesellschaft“ und ihrer vielfältigen Organisationen bewertet wird und als erster Bruch mit dem über Jahrzehnte hinweg praktizierten staatlichen „Paternalismus“.

25 Jahre nach dem Massaker auf dem Platz der drei Kulturen stand im vergan-

den Themen und Bilder, die über den Bildschirm flimmern. Kein Bild, kein Wort über Chiapas, zu den in Interviews mit Soldaten und ihren Vorgesetzten von der Presse festgehaltenen Befehlen, „keine Gefangenen zu machen“, den gewalttätigen Durchsuchungsaktionen in Dörfern, verbunden mit Plünderungen, der repressiven Verteilung von Hilfsgütern — nur die Frauen, die ein-

hindern. Bedauerlicherweise praktiziert die EZLN, bzw. Teile von ihr, in verschiedenen von ihr kontrollierten Gebieten eine ähnliche Politik: Die Bewohner dürfen das Gebiet nicht verlassen, auch nicht zeitweilig, um zum Beispiel Nahrungsmittel einzukaufen oder ärztliche Hilfe zu suchen.

Und die Berichte mehren sich, daß verschiedene Indígena-Gemeinden vor die Alternative gestellt wurden: Mitkämpfen in der EZLN oder endgültiges Verlassen des Weilers/Dorfes innerhalb von einer Stunde. Die Zahl der Flüchtlinge im eigenen Land, vor allem Frauen und Kinder, wird von Tag zu Tag größer. Der Bischof von Chiapas, Don Samuel Ruiz, der neben Manuel Camacho Solís von der Führung der EZLN als Ermittler anerkannt wurde, gehört zu den wenigen, die ohne die EZLN zu verurteilen, sie anklagte, ebenfalls grausam zu sein und die Menschenrechte zu mißachten.

Innerhalb der mexikanischen Solidaritätsbewegung mit Chiapas dominiert — trotz der vielfältigen Bekenntnisse zur politischen Lösung und der Verurteilung der Gewalt (durch die Armee, Polizei, Caciques) eine weitverbreitete unkritische Idealisierung der EZLN. Und doch fehlen zu viele Elemente, um eine genaue Einschätzung der EZLN, ihrer Ideologie, ihrer tatsächlichen Strategie, ihrer Zusammensetzung, ihrer Struktur, ihrer Entstehung, Unterstützung und Finanzierung machen zu können.

Die politische Lösung des bewaffneten Aufstandes in Chiapas ist noch keineswegs gesichert und hängt von vielen, teilweise noch unbekannten Faktoren, ab. Doch die Debatte über „welche Art von politischem, ökonomischem und sozialem Gesellschafts- und Entwicklungsmodell wollen wir“ hat seit dem 1. Januar eine neue Dimension und Gewichtung bekommen.

— (Jutta Klab, Mexiko, D.F. 23. 1. 1994)

* Dorfvorsteher

** PRI: die regierende „Partei der institutionalisierten Revolution“



Am Morgen des 1. 1. 94 besetzte die Zapatistische Befreiungsarmee (EZLN) San Cristobal de las Casas / Chiapas.

Foto: Herby Sachs / transparent

Selbstkritik enthaltenden — Erklärung begründet wurde, daß etwas „nicht funktioniert“ und der frühere Außenminister Manuel Camacho Solís zum „Friedens- und Versöhnungsbeauftragten“ ernannt wurde, fiel die Entscheidung der einseitigen Feuereinstellung, die Absetzung des Gouverneurs von Chiapas, die Amnestie-Initiative, der Befehl zum Rückzug aus den besetzten Städten und Gemeinden, die Einrichtung neuer Instanzen, die Intellektuelle und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen einbeziehen. Auch wurden humanitäre Aufgaben und Zuständigkeiten an

genen Jahr die Rolle der mexikanischen Armee im Mittelpunkt der verschiedenen Debatten und Untersuchungen. Aufgrund des Flächenbombardements in Chiapas und der praktizierten repressiven Politik gegenüber den Indígena-Gemeinden war sie heftiger Kritik im In- und Ausland ausgesetzt. Im Fernsehen versucht sie nun, mit „Selbstdarstellungs-Spots“ der massiven Kritik zu begegnen: Die Armee im Dienste des Volkes, Einsätze bei Naturkatastrophen, Unterstützung von Gesundheitskampagnen, der Kampf gegen die Drogenmafia und der Schutz der Souveränität etc. sind

deutlich nachweisen konnten, daß sie alleinziehende Mütter oder Witwen sind, erhielten Lebensmittel. Die meisten anderen Frauen nur, wenn sie sich mit ihrem Mann, oft auch noch zusätzlich mit dem ältesten Sohn, in die lange Schlange derjenigen einreihen, die auf die Hilfsgüter angewiesen sind und waren — als Beweis, daß keiner der Männer im EZLN ist.

Selektive Hilfsgüterverteilung einerseits und andererseits Zuspitzung von Hunger und Krankheiten in den von der Armee umstellten Gebieten, deren Zugang und Verlassen Straßensperren ver-

Wie stark auch Linke und Anti-ImperialistInnen dem Euro-Zentrismus verhaftet sind, ist an der Antwort abzulesen, die gemeinhin auf die Frage gegeben wird: Wo fand die erste große Revolution in diesem Jahrhundert statt? „In Rußland“, wird in der Regel die Antwort heißen. Doch die erste große revolutionäre Bewegung begann 1910 in Mexiko. Nicht aus Westeuropa zurückgekehrte Exilanten waren die Köpfe dieser Revolution, sondern Banditen und Militärs, die als Bauernkinder das gesamte Elend kennengelernt hatten. Nicht der Marxismus war theoretischer Ausgangspunkt der revolutionären Bewegung, sondern die eigenen Lebenserfahrungen. (Eine Ausnahme stellen die Männer und Frauen des „Großen Zirkels der Freien Arbeiter“ dar, die von anarcho-syndikalistischen Ideen geprägt waren).

1821 war Mexiko von Spanien unabhängig geworden, hatte bald darauf im Krieg mit den USA fast die Hälfte seiner Gebietsansprüche verloren und wurde unter dem liberalen Präsidenten Juárez und dem Diktator Porfirio Díaz zum industrialisierten Staat in Lateinamerika. Doch den Gewinn steckten ausländische Konzerne, die selbst das Monopol für den Verkauf von Kaffee ergattert hatten, und die hohen Militärs und Großgrundbesitzer ein sowie die katholische Kirche. Die Arbeitszeit in den Bergwerken des Nordens betrug bis zu 14 Stunden. Schlechter noch ging es den Bäuerinnen und Bauern im Süden des Landes. Die klassischen Landrechte, die die spanische Kolonialmacht zum Teil akzeptiert hatte, waren von Juárez aufgehoben worden zugunsten der Großgrundbesitzer. 1911 besaßen nur 3,4 Prozent der Bäuerinnen und Bauern eigenen oder der Gemeinschaft gehörenden Boden. Der Anbau von Mais, dem klassischen Lebensmittel dieser Region, wurde zurückgedrängt zugunsten des profitablen Anbaus von Zucker und Baumwolle.

Der Historiker der mexikanischen Revolution, Jesus Silva Herzog, spricht vom „totalen Hunger, Hunger

nach Brot, Hunger nach Bildung, Hunger nach Gerechtigkeit, Hunger nach Freiheit“ (Jesus Silva Herzog, Historia de la revolución Mexico, Mexico 1960). Aber nicht nur diese Armut auf dem Lande und bei den Arbeitenden in Industrie und Bergbau war Grund für die Revolution. Eine wichtige Rolle spielte die in den letzten Jahren der Díaz-Diktatur entstandene bürgerliche Schicht. Ihre Forderungen nach bürgerlichen Rechten und ihre scharfe Opposition zu den USA brachten sie in Gegensatz zur herrschenden Oligarchie. Francisco Madero, Sohn einer der reichsten Familien, wurde 1910 Präsidentschaftskandidat der gesamten Opposition gegen Díaz. Diese umfaßte sowohl die Mitglieder des „Großen Zirkels“, die Bewegung um Pancho Villa im Norden und die Bewegung der Bäuerinnen und Bauern im Süden um Emiliano Zapata. Einig war sich diese Koalition allerdings nur in ihrer Opposition gegenüber Díaz. Zu verschiedenen waren die sozialen Klassen, die sie im einzelnen vertrat.

Wenige Tage vor den Wahlen ließ Díaz Madero verhaften und kurz darauf gegen Kautions frei. Dieser flieht in die USA. Doch die Situation ist so angespannt, daß sein Aufruf, sich am 20. November gegen das verhaftete Regime zu erheben, als Startschuß für die Revolution gewertet wird. Am 7. Juni 1911 zieht Madero als Sieger in der Hauptstadt ein, der Diktator ist bereits geflohen.

Von da an überschlugen sich die Ereignisse. Madero versucht sich vor allem bei der herrschenden Schicht abzusichern, dies führt bereits im November 1911 zum Bruch mit Zapata. Den Menschen im Süden bedeuten die erungenen bürgerlichen Freiheiten wenig, sie fordern die Rückgabe des geraubten Bodens. Gegenüber der späteren Regierung Carranza formuliert Zapata es so: „Was bieten uns Carranza und seine Leute? Pressefreiheit für jene, die nicht lesen können; freie Wahlen für jene, die die Kandidaten nicht kennen; eine korrekte Rechtsprechung für jene, die niemals mit einem Anwalt zu tun hatten. Aber mit oder

ohne Wahlen... mit der Porfirianischen Diktatur oder der Demokratie Maderos, mit einer geknebelten oder freien Presse bleibt das Schicksal des Volkes das bitterste.“ (a.a.O.)

Behutsames Vorgehen gegenüber den alten Mächten zahlt sich für Madero nicht aus. Am 18. Februar 1913 wird er verhaftet. Auftraggeber ist der alte Díaz-General Huerta, den er im Amt gelassen hatte. Genau wie bei dieser Verhaftung hatten die USA, die zweimal, 1914 und 1916/17, militärisch in die mexikanische Revolution intervenierten, mittels ihres Botschafters Wilson auch bei der Ermordung Maderos am 22. Februar die Hände im Spiel. Noch am Abend des 18. Februars wurde ihm eine Liste des neu zu bildenden Kabinetts vorgelegt, die er bil-

Die Revolution 1918 bis 1920 — Mexiko in Aufruhr

ligte. Nach Maderos Verhaftung flammte die Revolution in den Provinzen wieder auf.

Neben Pancho Villa und Emiliano Zapata trat wiederum ein Vertreter der bürgerlich-demokratischen Schicht in den Vordergrund, Venustiano Carranza, der zu den Maderisten gezählt wurde. Der nun beginnende Krieg wurde in der Hauptsache von der „Division del norte“ und der Bauernarmee des Südens gewonnen. Langfristig gelang es Carranza jedoch sich durchzusetzen. Zunächst aber zog auch er sich 1914 zurück, und so kam es beim Einzug der Villisten und Zapatisten in Mexiko-Stadt zu einer riesigen Straßenfeier. Doch der Krieg war damit nicht vorbei.

Die unterschiedlichen Interessen der

Komponenten der „Anti-Huerta-Koalition“ machten eine Einigung unmöglich. Carranza und Villa stammten aus dem Norden Mexikos, sozial setzten sich die Armeen des Nordens aus Viehhütern, Fuhrknechten, stellenlosen Arbeitern, Kleinbauern, Landarbeitern und Hausierern zusammen. Besonders die Armee Carranzas hatte Söldnercharakter, die rechtzeitige Auszahlung des Soldes spielte eine große Rolle. Das Geld dazu war auf dem Weg des Handels mit den USA zu bekommen. Doch es gab auch in der Armee Carranzas aus dem General Obregón herum eine Gruppe von Militärs, die sich gründlich Gedanken um eine neue soziale Verfassung Mexikos machte. Sie waren es, die die weitere Entwicklung Mexikos maßgeblich beeinflussten.

Völlig anders die Situation im Süden. Zur *Tierra caliente* (Heißes Tal) gehören sowohl die Region Morelos, aus der Zapata stammte, wie auch die Provinz Chiapas. Zapatas Heimatdorf Anenculco gehört zu jenen Ortschaften, in denen durch den Zuckerrohranbau den Indígena-Gemeinden die Lebensgrundlage entzogen worden war. Zeitweilig stand für ihn daher die Agrarreform im Mittelpunkt des Kampfes. Nach dem Sieg über das Huerta-Regime wurde in Morelos, parallel zum Kampf gegen Carranza, eine tiefgreifende Landreform durchgeführt, die den Landbesitz der Großgrundbesitzer drastisch zugunsten der Bauern beschneidete. Verzwiefelt verteidigten die Bauern die Dörfer. Doch es gelang nicht, die Agrarreform auch in anderen Provinzen zu verankern. Das führte dazu, daß sich die Bauern dort nicht an der Revolution beteiligten.

Obregón gelang es, Teile der städtischen Lohnabhängigen zu gewinnen, die bislang in der Revolution keine zentrale Rolle gespielt hatten und kein eigenständiges Profil besaßen. Diese „roten Bataillone“ wurden gegen die „villistisch-zapatistische Reaktion“ eingesetzt. Diese unheilvolle Allianz legte den Grundstein für die späteren engen Beziehungen zwischen dem Staat und der „offiziellen“ Arbeiterbewegung. Schon in der neuen Verfas-

sung von 1917 wurde ihr Rechnung getragen. Im Artikel 123 wurde der 8-Stundentag eingeführt, die Lohnknechtschaft verboten, Mutterschaftsurlaub und Arbeitsverbot für Kinder eingeführt. Die Forderungen der Menschen auf dem Lande wurden nicht erfüllt. Aus diesem Grund kämpften Villa und Zapata weiter. Jetzt standen ihnen aber nicht mehr die föderalistischen Truppen der Generäle und Diktatoren gegenüber, sondern die Armee von Obregón, der vor allem in den Städten über einen sozialen Rückhalt verfügte.

Der Widerstand Zapatas und der Bäuerinnen und Bauern in Morelos konnte allerdings erst gebrochen werden, als Zapata auf die Einladung eines vermeintlich übergelaufenen Offiziers hereinkam und mittels einer „Ehrensäule“ ermordet wurde. Der Widerstand der Bewegung um Villa herum dauert bis 1920 an. Er war so stark, daß Villa Forderungen stellen konnte. Zumindest den privaten Teil des Traumes, den er dem Journalisten John Reed 1914 geschildert hatte, konnte er verwirklichen: Er bestellte den Acker und züchtete Vieh zusammen mit seinen engsten Kampfgefährten und baute Schulen.

1923, Obregón ist bereits Präsident des Landes, kommt es wieder zu sozialer Rebellion überall im Lande. Villa droht an, wieder einzugreifen. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Präsidentschaftswahl erscheint Villas Name in der US-amerikanischen Presse. Am 20. Juli 1923 wird er aus einem Hinterhalt ermordet. Von wem die Meuchelmörder gedungen wurden, bleibt im Dunkeln.

Die Vernachlässigung des Studiums der mexikanischen Revolution ist ein großes Versäumnis der sozialistischen Linken. Vieles hätte man aus ihr lernen können. Überliefert wurden hauptsächlich ein paar heroische Westerngestalten. Wenn da nicht der Aufstand in Chiapas wäre, der das Erbe der mexikanischen Revolution mit Wucht wieder in Erinnerung ruft, die Forderungen nach Bildung, Land und Brot... — (Tommy Schroedter)

Kurdistan: Verbrannte Erde

Je ungünstiger der Krieg, desto grausamer die türkische Armee

Seit Wochen bombardiert die türkische Luftwaffe Gebiete im Gebiet Ararat, Botan und Bitlis. Dorfzerstörungen, Stadt- und Landbombardierung, Völkermord — das ist alles, was von der großen militärischen Vernichtungsoperation des türkischen Staates gegen die PKK-Guerilla übrigblieb.

Die türkische Armee hinterläßt in Kurdistan verbrannte Erde: Die Menschenrechtsvereine meldeten, daß seit 1984 über 1 100 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht wurden, drei Viertel davon seit 1991.

Die große Truppenkonzentration aber, die der türkische Generalstab für seine „Vernichtung der PKK“ in diesem Winter durchgeführt hat, wird immer mehr zu einem Fehlschlag. Die Armee liegt fest in den Kasernen in Sirmak, Cizre, Silopi, Siirt, Mardin, Bitlis, Van, Tatvan usw. Nur in dem Gebiet Ararat und iranische Grenze führen die Landstreitkräfte begrenzte Operationen durch.

Wahrscheinlich hatte der türkische Generalstab geglaubt, daß die ARGK-Einheiten wie in den Jahren zuvor im Winter kaum Operationen durchführen. Die in diesem Winter begonnene Offensive der Guerillakräfte und die Angriffe in großen Operationseinheiten haben die türkische Armee in ihrem Krieg gegen den Befreiungskampf in die Defensive gebracht. Die ARGK-Einheiten führen in diesem Winter mehr Operationen durch, als sie in den Sommermonaten unternommen haben. Im Durchschnitt drei Meter Schnee und bittere Kälte tun ihr übriges, daß die türkische Armee nur zu kleinen begrenzten Aktionen die Kasernen und Städte verlassen kann.

Auch haben sich die Operationen der Guerillakräfte verändert. Bislang waren größere Angriffe bspw. auf Kasernen eher die Ausnahme. In diesem Winter

griff die ARGK mehrfach Kasernen an, größere Truppenverbände der türkischen Armee konnten umzingelt und angegriffen werden.

Der PKK-Koordinator der Region Botan, Cemal, erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung *Özgür Gündem* vom 24. 12.: „... in Botan ist kein Klima mehr vorhanden, in dem die türkische Armee irgendwelche Erfolge erzielen könnte. Sie hat weder die Unterstützung durch das Volk, noch Kontrolle über die Geographie, noch militärische Fähigkeiten ... Das ist keine PKK-Propaganda oder nur so dahingesagt. Wir erleben das täglich. Unserer Meinung nach können sie in Botan fast nur noch Luftangriffe durchführen. Sie könnten auch Artilleriebeschuß durchführen und für punktuelle Operationen gibt es eine geringe Chance ... Die TR hat die Einstellung „nach mir die Sintflut“. Sie lebt in der Panik zu verlieren, deshalb können so manche Wahnsinnstaten von ihr erwartet werden ... Letztes Jahr waren wir in Botan 700 Kämpfer/innen, heute sind es 5000. 1993 gab es in Botan keine Militärstation und keinen Ort der Verbrannten, den wir nicht angegriffen hätten. Über 70 Prozent des Gebiets sind unter unserer Kontrolle.“

Das türkische Militär hat in Botan nur noch in den Städten Militärstationen. Die Stationen auf dem Land mußten aufgegeben werden. Wesentlichen Verbindungsstraßen in diesem Gebiet werden bereits jetzt von der Guerilla bei Tag und bei Nacht kontrolliert. Die ARGK-Kommandantur kündigte an, daß die Kontrolle der Straße Sirmak-Eruh und dann weiter bis nach Van eines der nächsten Ziele ihrer Operationen sein wird. Damit wäre der größte Teil der strategisch bedeutendsten Straße, die diese Region umschließt, der Kontrolle der türkischen Armee entzogen, was sofort

erhebliche logistische Probleme nach sich ziehen wird. 1994 soll sich die türkische Armee überhaupt nicht mehr in diesen Gebieten bewegen können, endgültig auf die Städte beschränkt und dort angegriffen werden. Cemal erklärte: „Botan ist frei geworden. Deshalb sind wir auch an der Stufe angelangt, ein befreites Gebiet offiziell zu proklamieren und werden das auch tun.“

Das türkische Regime bekommt auch immer mehr Probleme bei der Rekrutierung neuer Soldaten. Etwa 250 000 junge Männer sind nach Angaben des türkischen Generalstabes wie auch der Organisation der Wehrdienstverweiger aus Izmir nicht zum Wehrdienst angetreten oder desertiert. Wehrdienstpflichtige aus Kurdistan erhalten keine Waffen mehr, sie dürfen auch nicht in den Küchen eingesetzt werden. Die türkische Regierung verlängerte deshalb den Wehrdienst um drei Monate und will jetzt Studenten, die ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit absolvieren, zum Militärdienst einziehen.

Das türkische Regime setzt die Armee jetzt in den Städten und den rund darum liegenden Dörfern zu Deportationen und Umsiedlungsaktionen der Bevölkerung ein. Beispiel Cizre: Seit Wochen greift die Armee einzelne Stadtteile an. Die letzte Meldung stammt vom 23. Januar, als die Armee 150 Läden in Brand setzte und viele Wohnhäuser in Cizre zerstörte. Erst ein erneuter Angriff der Guerilla auf die türkischen Militär- und Polizeikräfte konnte weitere Zerstörungen stoppen.

Mit diesen Aktionen versucht das Regime, die Menschen einzelner Stadtteile oder auch aus Dörfern zum Verlassen ihrer Wohnstätten zu zwingen. Am 27. März, eine Woche nach dem kurdischen Neujahrsfest, stehen Kommunalwahlen an. Vor diesen Wahlen versuchen türki-

sche Regierung und Generalstab, eine Wahlmiederlage des Kolonialregimes und ein Referendum für das kurdische Selbstbestimmungsrecht zu verhindern. Die Demokratiepartei, Nachfolgepartei der verbotenen HEP, und unabhängige Kandidaten könnten in den kurdischen Provinzen bei den Wahlen unter „regulären“ Bedingungen mit 90 Prozent der Stimmen in den Dörfern und 70 Prozent in den Städten rechnen. Die HEP hatte schon im Oktober 1991 rund 70 Prozent der Stimmen in Kurdistan bei den Parlamentswahlen erhalten.

In Cizre will das türkische Kolonialregime gegen den patriotischen Bürgermeister Hasim Hasime einen Dorfschützer kandidieren lassen. Sechs Monate vor der Wahl müssen die Wahlberechtigten am Wahlort/Wahlbezirk registriert sein, dann kann eine Stimme abgegeben werden. Durch die Umsiedlungen, ja schon Umzüge innerhalb einer Stadt, versucht das Regime in Cizre, die Wiederwahl von Hasime zu verhindern und einen Dorfschützer stattdessen zu installieren.

Zur Durchführung der Wahlen hat die Regierung neue Verordnungen erlassen. Urnen sollen nicht mehr in allen Städten und Dörfern, sondern nur noch in ausgewählten Zentren stehen. Dorfschützer und Soldaten dürfen bewaffnet wählen gehen. Die Urnen sollen von bewaffneten Soldaten und Dorfschützern bewacht werden, eine Auszählung in den Wahllokalen nicht mehr stattfinden, die Urnen auf Militärfahrzeugen in die Stadtzentren zur Auszählung gebracht werden. Die Demokratiepartei DEP befürchtet nun Wahlmanipulationen.

Menschenrechtsvereine und DEP rufen zu Demonstrationen auf. Sie sollen die Newrozfeiern und die Kommunalwahlen in Kurdistan beobachten und helfen, Provokationen zu verhindern. — (rub, y.)

Kinkel weiß von nichts?

DEP: Türkei setzt BTR-60-Panzer ein

„Deutschland unterstützt mit den von ihm gelieferten Waffen den Völkermord“ in Kurdistan. Eine Delegation mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der Demokratiepartei DEP und Parlamentsabgeordneten Remzi Kartal, dem Abgeordneten aus Siirt Zübeyir Aydar, dem Bürgermeister der Kreisstadt Yüsekova Necdet Buldan, dem Generalsekretär des fortschrittlichen Anwaltsvereins Aydin Erdogan und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins in Istanbul Ercan Kanar legten dafür neue Beweise vor.

Necdet Buldan berichtete u.a. der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über den Einsatz deutscher BTR-60-Panzer bei Angriffen auf die 40 000 Einwohner zählende Stadt Yüsekova: In der Nacht vom 15. August auf den 16. August 1993 setzte das türkische Militär von 22 Uhr bis sechs Uhr BTR-60-Panzer ein. Ebenso am 19. August bei einem weiteren Angriff in der Zeit von neun bis 23 Uhr auf Yüsekova. An beiden Tagen wurden sieben Menschen durch diese Angriffe getötet.

Auch von anderen Orten wurde über den Einsatz besonders der BTR-60-Panzer berichtet.

Das Außenministerium, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, „wies darauf hin, daß in Bonn Hinweise über den Einsatz aus Deutschland gelieferter Waffen in Yüsekova nicht vorlägen. Ankara habe versprochen, die Waffen aus Deutschland ausschließlich im Rahmen des Natovertrags zu verwenden, was den Einsatz gegen Kurden ausschließt.“

Schon bei der letzten detaillierten Aufstellung des Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins aus Diyarbakir über den Einsatz deutscher BTR-60-Panzer bei Dorfzerstörungen, den die gleiche Zeitung am 9. August 1993 abdruckte, hatte das Außenministerium erklären lassen, daß darüber keine Erkenntnisse vorlägen.

Daß die Bundesregierung von dem Einsatz ihrer Waffenlieferungen beim Völkermord in Kurdistan weiß, belegt das Gesprächsprotokoll mit dem Botschaftsmitarbeiter Werner Zierer, der direkt nach der Veröffentlichung vom 9. August 1993 beim Menschenrechtsverein in Diyarbakir auftauchte.

Zierer sagte damals: „Wir wissen, daß deutsche Waffen eingesetzt werden ...“ und „Wir sind nicht die einzigen, die Waffen an die Türkei liefern. Warum befaßt ihr Euch immer mit Deutschland?“

Zierer forderte vom Menschenrechtsverein, solche Berichte zu unterlassen, da dadurch die deutschen Interessen empfindlich gestört würden.

Bundesaußenminister Kinkel, der vor wenigen Tagen die Türkei besuchte, kritisierte den Einsatz deutscher Waffen und den Völkermord in Kurdistan öffentlich mit keinem Wort.

Bei seinen Gesprächen stand vielmehr die Kurdenfrage und die Bekämpfung der PKK unter dem Stichwort „neue Sicherheitsarchitektur“ im Mittleren Osten und Stärkung der Türkei im Vordergrund.

Die Delegation von DEP, Anwaltsverein und Menschenrechtsverein kritisierte das Verbot der PKK in Frankreich und der BRD. Dadurch würde die türkische Regierung bestärkt bei ihrem Völkermord in Kurdistan.

„Am Elend der kurdischen Bevölkerung trage nicht die PKK Schuld, sondern die türkische Regierung, welche die kurdische Identität verleugnet ... Die PKK als Befreiungsorganisation mit einem politischen und einem militärischen Flügel sei ein Resultat der langen Unterdrückung.“

Die Delegation erklärte, daß „das Kurdenproblem mit militärischen Mitteln nicht gelöst werden kann.“

Sie forderte die Einstellung der BRD-Waffenlieferungen, stattdessen Anstrengungen für Verhandlungen.

Quellen: *Kurdistan-Rundbrief* 2/94, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. 1. 94, Gesprächsprotokoll des Menschenrechtsvereins (IHD) in Diyarbakir mit Zierer, abgedruckt im *Kurdistan-Rundbrief* 26/93 — (rub)

Olivetti & Fiat: Gegen Entlassungen

Italienische Gewerkschaften im Kampf gegen Konzernprogramme

Angesichts rasch steigender Arbeitslosigkeit wird in Italien heftig über die Konzernpläne zum Beschäftigungsabbau gestritten. Der linke Flügel der Gewerkschaftsbewegung fordert die 35-Stunden-Woche bei Lohnausgleich. Die offiziellen Gewerkschaften sind vielerorts in Auseinandersetzungen mit Unternehmen verstrickt. Das Interesse hat sich dabei in den vergangenen Tagen auf Fiat und Olivetti konzentriert.

Das Maßnahmenpaket bei Olivetti sieht Einsparungen über 110 Mrd. Lire und Regelungen für 1992 „überschüssige“ Personen vor. Die Gewerkschaften, die es ausgehandelt haben und den Belegschaftsversammlungen zur Abstimmung vorlegen, sehen es als eher positives Beispiel. Dort ist vorgesehen: An sieben Feiertagen wird die Lohnzahlung eingeschränkt. Freiwilliges Ausscheiden aus dem Konzern wird angeregt. Für ca. 2000 Beschäftigte werden „Solidaritätsarbeitsverträge“ eingeführt: Für die betroffenen Arbeiter bedeuten sie eine Reduzierung der Arbeitszeit um 30 %, für die betroffenen Angestellten um 50 %. 850 Beschäftigte werden in die staatlich finanzierte Kurzarbeitskasse (*Cassa integrazione*) geschickt. Üblicherweise ist das die Vorstufe der sicheren Arbeitslosigkeit. Im Fall Olivetti sind achtmonatige Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehen mit einer Rückkehrgarantie. Weitere 425 werden in die *Cassa integrazione* mit „freiwilliger“ Mobilität geschickt, also auf die Suche nach anderweitiger Beschäftigung im Konzern. Die Lohnverluste aus diesem Paket werden öffentlich nicht beziffert. Die Gewerkschaften streichen vor allem die „Solidaritätsverträge“ und die Verknüpfung der Kurzarbeit mit Fortbildungsmaßnahmen als Erfolg gegen Entlassungen heraus. Außerdem vermerken sie positiv, daß Olivetti über seine künftige Produktpolitik Auskunft gegeben

und mit der verstärkten Hinwendung zu Kommunikationstechnologien und verknüpften Medien eine aussichtsreiche Richtung eingeschlagen habe.

Fiat hat Mitte Januar die Verhandlungen mit den Gewerkschaften schroff abgebrochen und einseitig den Personalabbau eingeleitet. Zunächst 1800 Angestellten, dann auch Arbeitern wurde die Überstellung in die *Cassa Integrazione* mit null Stunden zugeschickt und damit faktisch die Entlassung. Auf den Verkaufseinbruch von 20,6 % in 1993 — der höchste der europäischen Automobilhersteller — antwortet der Konzern mit massivem Personalabbau (ca. 20 000 geplant) und der Schließung der Werke Alfa Romeo in Mailand-Arese und Sevel di Pomigliano im Süden in den nächsten Jahren. Während im nagelneuen Werk in Melfi in der südlichen Region Basilikata gerade die Montage des *Punto* an sechs Wochentagen, rund um die Uhr und zu niedrigeren Löhnen als im Norden anläuft, sehen sich die traditionellen Standorte im Norden, Turin und Mailand, mit der Perspektive der Einstellung der Pkw-Montage konfrontiert.

Immer wieder haben in der letzten Woche daraufhin die Belegschaften in Turin Mirafiori und Rivalta (wo im ersten Schritt 5000, später insgesamt 8000 Beschäftigte abgebaut werden sollen) sowie in Mailand-Arese die Arbeit niedergelegt und Demonstrationen durchgeführt. Bei der größten Demonstration in Mailand kamen am 19. 20 000 zusammen, darunter auch viele aus den betroffenen Gemeinden des Hinterlands. Massive Kritik wurde an der Politik der Lega und ihres angeblichen „Bürgermeisters aller Mailänder“, Formentini, geäußert. Die Lega hatte sich als Mehrheitspartei in Mailand geweiht, einen Vorstoß der Opposition zugunsten der Fiat-Beschäftigten zu unterstützen. Formentini hatte ganz im Sinn des radikal marktwirtschaftlichen Lega-



Protestaktion in Mailand: Alfa Romeo gehört uns, nicht Agnelli.

Programms verlangt, Fiat solle Alfa Romeo auf dem internationalen Markt zum Verkauf anbieten, und hatte Hilfsmaßnahmen für die Belegschaften abgelehnt.

In Turin kamen nach einer Reihe von Arbeitsniederlegungen am 21. 1. drei Demonstrationen aus den großen Arbeiterabteilungen zusammen — und ein Zug von mehreren hundert Angestellten aus der Fiat-Zentrale. Allen drängte sich die Erinnerung an den „Marsch der 40 000“ von 1980 auf. Damals hatten die Gewerkschaften einen erbitterten Kampf gegen die erstmalige Entlassung von Tausenden von Arbeitern geführt und verloren. Eine Demonstration von 40 000 Angestellten und Führungskräften hatte damals die Einstellung des Streiks erzwingen und eine Reihe von

Niederlagen der Arbeiterbewegung bei Fiat und im ganzen Land eingeleitet. Heute sind auch diese Leute von Entlassung bedroht. Der Koordinator des Komitees der Angestellten, Techniker und Führungskräfte, Taruffi, drückte die Empfindungen dieses Personenkreises so aus: „Erst vor zwei Monaten haben ich und viele Kollegen die Erhöhung des Fiat-Kapitals gezeichnet, und jetzt sind wir gleichzeitig Aktionäre und Kurzarbeiter desselben Unternehmens. Wir haben an dieses Unternehmen geglaubt, dem wir Vertrauen und Loyalität entgegengebracht haben. Dieser stillschweigende Pakt ist jetzt zerbrochen. Das Unternehmen ist ein multinationales Finanzunternehmen statt eines Industrieunternehmens geworden.“

Quellen: *L'Unità*, 17. 1. 22. 1. 94 — (rok)

Widerstand gegen menschenunwürdige Haftbedingungen

Zwei Dokumente der Gefangenenveterinierung Santa Fu

Der Mord an einem Gefangenen hat den Hamburger Strafvollzug wieder einmal in die Schlagzeilen gebracht. Entgegen zahlreichen Vermutungen von außen besteht das Hauptproblem der Gefangenen gerade auch in „Santa Fu“ jedoch nicht in Sex, Drogen und Gewalt, sondern in Überbelegung, Isolation und Verwahrlosung.

Justizsenator Hardraht nutzt die „Gunst der Stunde“, um seinen Plan, Gefangene aus Fühlbütteln nach Sachsen und Sachsen-Anhalt verlegen zu lassen, forciert zu betreiben. Mehr „Sicherheit und Ordnung“ durchzusetzen — das wird darüber hinaus das einzige sein, was der Justiz zur „Problembewältigung“ einfällt. — (jeh)

Chronik eines angekündigten Todes

Nun ist also passiert, was Insassen und Bedienstete Santa Fu schon lange erwartet bzw. befürchtet haben. Natürlich war nicht vorhersehbar, welchen Gefangenen es trifft, aber daß es angesichts des aggressiv-chaotisch-verwahrlosten Binnenklimas der Anstalt II früher oder später zu Gewalttätigkeiten kommen mußte, war für alle, die den Kopf nicht in den Sand steckten, beinahe schon überfällig.

Der — so der Stand der Dinge bei der Niederschrift dieser Stellungnahme — wahrscheinlich wegen einer Drogenschuld erschlagene Mitgefangene, aber auch die Häftlinge, die in den vergangenen Jahren an einer Überdosis Rauschgift starben, sind indirekt die Opfer der Trägheit, der Inkompetenz und der unglaublichen Schlampe der Hamburger Justizbehörde. Seit vor nunmehr fast einem Jahrzehnt die Staatsverträge über den Austausch von Häftlingen mit Bremen und Schleswig-Holstein aufgekündigt wurden, hat es keine/r der seither amtierenden Senator/innen für nötig befunden, ein praktikierbares Belegungskonzept für die Hamburger Haftanstalten erarbeiten zu lassen. Zu kurzen Haftstrafen Verurteilte, die in erster Linie eine Therapie, den Übergangsvollzug oder die Entlassung anstreben, haben in der Regel kein großes Interesse an der Ausgestaltung der Haft. Für Langzeitinhaftierte hingegen ist „ihr Knast“ für viele Jahre ihr Lebensmittelpunkt. Die von Senator Curilla 1987 vertretene These, man müsse „die harte Subkultur der Langzeitgefangenen durch eine Mischbelegung mit zu kurzen Strafen Verurteilten aufweichen“, ist auf fatale Weise aufgegangen! Bedienstete und Abteilungsleiter, blockiert von mit hohem Arbeitsaufwand verbundenen Verlegungs- bzw. Entlassungsvorbereitungen von Kurzstrafen, sind so sehr überfordert, daß für Betreuungsaufgaben kaum noch Zeit bleibt. Daß diese Entwicklung vor allem für die Langzeitinhaftierten negativ zu Buche schlug, wurde daher von allen Insassenvertretungen der vergangenen Jahre kritisiert. Gleichwohl sind alle Vorstöße, zu einem vernünftigen Belegungs- und Vollzugskonzept zu kommen, bisher folgenlos geblieben.

Wir können uns inzwischen des Eindrucks nicht erwehren, daß die verfehlte Drogen- und Belegungspolitik und in ihrem Gefolge die immer chaotischeren Zustände in Santa Fu denjenigen in Strafvollzugsamt und Justizhierarchie gut zupass kamen, die darin ein probates Mittel sahen, den nach innen offenen Strafvollzug zu liquidieren. Wir können durch Dokumente der Insassenvertretung seit 1987 nachweisen, daß wir regelmäßig und eindringlich vor den inzwischen eingetretenen Katastrophen gewarnt haben, ohne daß auch nur eine dieser Warnungen zu einer irgendwie gearteten Veränderung der Zustände geführt hätte. Die Forderungen der Insassenvertretungen seit 1987 sind bis heute aktuell und aus unserer Sicht Voraussetzung für eine Entspannung der Situation in Anstalt II.

1. Freigabe aller Drogen oder wenig-

stens Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Drogenabhängige sind Kranke und müssen als solche in adäquaten Einrichtungen behandelt werden. Abhängige gehören nicht in den geschlossenen Strafvollzug!

2. Da wir realistischere Weise nicht davon ausgehen können, daß die in Bonn regierenden Unionschristen beabsichtigen, ihre mörderische Drogenpolitik zu ändern, fordern wir zumindest eine niedrigschwellige, breit angelegte Methadonsubstitution der noch inhaftierten Abhängigen.

3. Wir fordern die freie Ausgabe von Einwegspritzen und Desinfektionsmitteln, um die explosionsartige Ausbreitung von Aids und Hepatitis einzudämmen.

4. Die Interessen von zu kurzen Haftstrafen Verurteilten unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von der Interessenlage Langzeitinhaftierter. Wir fordern daher ein Belegungskonzept, das dem stärkeren Bedürfnis nach Betreuung von zu langen Haftstrafen Verurteilten Rechnung trägt.

In der aktuellen Situation befürchtet die Insassenvertretung, daß die Gefangenen in Santa Fu ausbaden müssen, was die abgetauchten Entscheidungsträger der Justizbürokratie in den vergangenen Jahren verbrochen haben. Es darf nicht sein, daß die Reaktion des Apparats auf die Folgen des eigenen Versagens darin besteht, daß für alle Insassen die Türen zugehen.

Herr Senator Hardraht, wir fordern Sie auf, sich vor einer Entscheidung über die zukünftige Ausgestaltung des Vollzugs in Anstalt II mit den dort Inhaftierten auseinanderzusetzen und ihre Forderungen ernsthaft zu prüfen.

Hamburg, den 13. 1. 94 (leicht gekürzt)

Bis zum Hals in der Sch... oder: Ab welcher Fäkalienhöhe ist die Würde des Menschen antastbar?

Die Zeiten, da die Freie und Hansestadt Hamburg bundesweit für einen liberalen Ansatz im Strafvollzug stand, scheinen endgültig vorbei zu sein. Am Montag, den 9. 1. 1994, gedenkt das Strafvollzugsamt Hamburg die nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil wegen menschenunwürdiger Zustände geräumte Isolierstation Dora I erneut mit Häftlingen zu belegen, ohne daß die vom Bundesverfassungsgericht bemängelten hygienischen Bedingungen sich grundlegend geändert hätten. Was ist geschehen?

Die JVA Am Hasenberge, im Volksmund besser bekannt als Santa Fu, gehört zu jenen Gefängnissen aus der Zeit der Jahrhundertwende, bei deren Planung und Bau weder fließendes Wasser noch Toiletten auf den Haftzellen vorgesehen waren. Die meisten der heute als selbstverständlich geltenden hygienischen Einrichtungen wurden erst in den 50er Jahren nachträglich eingebaut. Dabei ist es häufiger vorgekommen, daß die entsprechenden Abflußrohre zu klein dimensioniert wurden, was schließlich in den Zeiten zahlenmäßiger Spitzenbelegungen zu riech- und spürbaren Konsequenzen führte. Die Isolierstation Dora I z. B., entsprechend dem Zweck der Einrichtung im Keller des D-Flügels untergebracht, mußte im Laufe der vergangenen Jahre immer öfter „Land unter“ melden. Weniger fein ausgedrückt kann man sagen, daß die dort Inhaftierten des öfteren knöcheltief in der eigenen Kloake standen. Wer nun glaubt, daß sich die zuständigen Vollzugsbürokraten bemüht hätten, diesen Zustand schnellstmöglich abzustellen, der irrt gewaltig. Ein Häftling mochte sich damit nicht abfinden, er klagte durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht... und bekam Recht! Das Bundesverfassungsgericht stellte zu dem Vorgang abschließend fest:

„Im vorliegenden Falle steht fest, daß der Zellenboden der vom Beschwerdeführer bewohnten Zelle innerhalb kurzer



Zeit mehrmals mit Fäkalien verunreinigt worden ist. Solange nicht Maßnahmen durchgreifender Abhilfe dargetan sind, ist davon auszugehen, daß sich dies wiederholt. Solche Ereignisse können nicht als gesunde Unterbringung (vgl. § 144 StVollzG) gewertet werden und gefährden das menschenwürdige Dasein des Gefangenen... Es liegt auf der Hand, daß das tägliche Dasein unter solchen Bedingungen Qual ist und der Voraussetzung menschenwürdiger Existenz entbehrt.

Was für das Bundesverfassungsgericht „auf der Hand liegt“, wird nun von der Hamburger Justiz in einer Art und Weise ignoriert und unterlaufen, die im Wortsinn „zum Himmel stinkt“. Statt nämlich das Kanalisationsnetz zu erneuern, ist die Hamburger Justiz unter dem Druck wachsender Belegungszahlen darauf verfallen, eine Art „Scheißerühwurm“ zu installieren und mit Häftlingen „freiwillige“ Vereinbarungen zu treffen, die im wesentlichen besagen, daß der betreffende Inhaftierte weiß, was auf ihn zukommt, und damit „freiwillig“ einverstanden ist. Dora I ist ein Knast im Knast, das heißt, Gefangene, die aus disziplinarischen Gründen hausintern bestraft wurden oder verdächtigt werden, erneut Straftaten begangen zu haben, werden dort isoliert von den übrigen Inhaftierten zumeist 23 Stunden am Tag auf ihren Zellen eingeschlossen. Da die alle Belegungszahlen sprengende Drogenwelle natürlich auch vor Santa Fu nicht haltgemacht hat, wird jetzt wieder alles belegt, was vier Wände, eine verschließbare Tür und Gitter vor dem Fenster hat. Häftlinge, die unter solchen Umständen einsitzen müssen, sind natürlich bereit, bei der geringsten Aussicht auf Lockerungen ihrer Haftbedingungen oder auf eine schnellere Abwicklung ihres Falls beinahe alles zu unterschreiben. Daß solch „freiwilligen“ Vereinbarungen, die in einer Situation vollkommener Abhängigkeit abgegeben werden, vom Gesetz, das die Justizbehörde zu vertreten vorgibt, als „sittenwidrige Verträge“ bezeichnet werden, scheint die Adepten Justitias nicht weiter zu stören. Der Gipfel aber ist die zweite „vorbeugende Maßnahme“, mit der die Justizbehörde glaubt, dem Bundesverfassungsgerichtsurteil Genüge zu tun. Statt nämlich zu verhindern, daß Schutzbefohlene knöcheltief durch den Unrat waten, baute die Behörde für viel Geld ein elektronisches System ein, das nunmehr 70 Zentimeter vor dem Überlaufen vor der bevorstehenden Fäkalienflut warnt. Die Insassenvertretung fragt sich natürlich, was nach erfolgter Katastrophenwarnung nach Vorstellung der Behörde eigentlich passieren soll? Da die Zellen in Santa Fu inzwischen nicht nur alle einfach, sondern teilweise bereits doppelt belegt sind, ist ein schnelles Umquartieren der Dora I-Verbannten kaum möglich. Vielleicht werden ja bei Erreichen der 70 Zentimeter-Vorwarnmarke Gummistiefel ausgegeben, bei 50 Zentimetern dann wasser- und säurefeste Anglerhosen und bei Erreichen der 0-Marke dann Taucheranzüge?

Die Insassenvertretung fordert den neuen Justizsenator auf, zu verhindern, daß ein Bundesverfassungsgerichtsurteil von ihm untergeordneten Behörden ignoriert und unterlaufen wird. Herr Senator Hardraht ist gefordert, deutlich zu machen, daß die Menschenrechtssparagraphe in Hamburg noch gültig sind! Hamburg, den 2. 1. 94

Hannover

Chemie: „Nullrunde“ verhindert

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat in der Schlichtung im Bezirk Nordrhein einen Tarifabschluß akzeptiert, der inzwischen von allen westlichen Chemietarifbezirken übernommen wurde und zudem der erste Abschluß eines Flächen-tarifvertrages in einer großen Industriebranche im Jahr 1994 ist.

Der Abschluß sieht folgendermaßen aus:

* Nach drei Nullmonaten ab November erfolgt ab Februar 1994 eine Erhöhung der Entgelte um 2 Prozent (Gesamtlaufzeit 15 Monate bis zum 31. 1. 1995).

* Das 13. Monateinkommen wird (nur) in 1994 und 1995 nicht erhöht.

* Die Möglichkeit der differenzierten Arbeitszeitgestaltung im Manteltarifvertrag wird von bisher 2 auf 2,5 Stunden ausgedehnt. Wenn es zu einer Regelung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung kommt, ist jetzt eine Spannweite von 35 bis 40 Stunden pro Woche möglich ohne Zahlung von Mehrarbeitszuschlägen.

* Diese Arbeitszeitdifferenzierung soll Teil der „beschäftigungsfördernden Maßnahmen“ sein, die Betriebsräten und Kapitalvertretern „bei Beschäftigungsproblemen“ zur Prüfung „empfohlen“ werden. Dazu gehören flexible Arbeitszeit (Ausgleichszeitraum ist bereits seit Anfang 1993 das ganze Jahr), Einsparung von Mehrarbeitszuschlägen bei Freizeitausgleich innerhalb von 7 Tagen, Anwendung von Kurzarbeit, Teilzeitarbeit, Weiterbildungsmaßnahmen, Ausweitung der Möglichkeiten unbezahlter Freistellung und Übernahme von Auszubildenden.

* Als „arbeitsmarktpolitische Initiative“ ist die Absenkung der Tarifentgelte bei unbefristeten Neueinstellungen sowie für Berufsanfänger in den höheren Entgeltgruppen für ein Beschäftigungsjahr auf 95 bzw. 92,5 Prozent des Tarifentgelts vereinbart. „Langzeitarbeitslose“ sollen auch bei befristeten Verträgen sogar nur 90 Prozent im ersten Beschäftigungsjahr erhalten.

Gegen unmenschliche, unsoziale Flüchtlingspolitik

Hildesheim. In einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister und die Ratsmitglieder der Stadt Hildesheim haben zahlreiche Organisationen gegen die geplante Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes protestiert. Allen Ernstes plant die Stadt, bestimmten Flüchtlingen die um 20 Prozent gekürzte Sozialhilfe auf Sachleistung umzustellen. Andere Flüchtlinge sollen ungekürzte Sozialhilfe als Bargeld erhalten. Dazu sollen diese Flüchtlinge in verschiedene Unterkünfte auseinandergetrennt werden. — (rab)

Unterschriftensammlung Aktion sichere Busfahrt

Stuttgart. Seit ca. zwanzig Verhandlungsrunden und mehr als eineinhalb Jahren versucht der Württembergische Omnibusverband (wbo) gegenüber der Gewerkschaft ÖTV eine Tarifregelung durchzusetzen, mit der die Fahrerinnen und Fahrer im Linienverkehr im Extremfall 16 Stunden zur Verfügung stehen sollen. Die Ruhezeit wäre dann noch acht Stunden. Bisher beträgt die mögliche Schichtzeit im Linienverkehr zwölf Stunden. Von dieser Zumutung der Arbeitgeber ist in erster Linie die Gesundheit der Beschäftigten in den Beförderungsbetrieben betroffen — aber auch die Beschäftigten, die zu ihren Arbeitsplätzen, und die Kinder, die in die Schule müssen, sind dadurch bedroht. Die ÖTV hat seit etwa einem Vierteljahr mehr ca. 10000 Unterschriften bei Gewerkschaften und in der Bevölkerung gesammelt und bittet um weitere Unterstützung. — (ulk)

Obdachlosenunterkünfte werden teurer

Hannover. Die Stadt will von Januar an die Grundgebühren in den von ihr betriebenen Obdachlosenunterkünften um mehr als das Doppelte (von 2,50 bzw. 4,50 DM auf sechs bzw. 10 DM) pro qm erhöhen. Die Gebührenerhöhung betrifft 2600 Schlichtwohnungen. Die Gebührenerhebung will die Stadtverwaltung künftig an die Aufenthaltsdauer der Bewohner koppeln: Im ersten Jahr be-

Die IG Chemie hebt in ihrer Bewertung hervor, daß die Abwehr einer Nullrunde sowie die Sicherung von Flächen-tarifverträgen gelungen sei. Öffnungsklauseln zur Absenkung des 13. Monats-einkommens, eine Kürzung des Zuschlages zum Kurzarbeitergeld (bei unter 90 Prozent vom Nettoeinkommen) usw. seien verhindert worden. Dr. Molitor vom Bundesarbeitgeberverband Chemie hebt neben den 15 Monaten Laufzeit inkl. drei Nullmonaten die Möglichkeiten zur Arbeitszeitdifferenzierung und -flexibilisierung sowie die Senkung der Einstellbezüge hervor.

Der Zweiprozentabschluß ist wegen Nullmonaten und 15 Monate Laufzeit real 1,28 Prozent wert. Bei 56 bis 127 DM brutto reicht die Nettoerhöhung eben, um den erhöhten Rentenversicherungsbeitrag ab 1.1.94 auszugleichen. Preissteigerungsrate und die anderen Verluste führen zu einer drastischen Reallohnsenkung von etwa fünf Prozent.

Die erhebliche Absenkung der Einstiegstarife gleicht den von Arbeitgeberverbänden und Regierung geforderten tarifvertraglichen „Minderleistungsklauseln“. Eine Korrektur der auf ein Jahr befristeten Vereinbarung ist nötig. — (mio)

Morsleben

Endlager geerbt und genutzt

In einer Nacht- und Nebelaktion wurden am Donnerstagmorgen, dem 13. Januar, 24 Fässer mit leicht radioaktivem Müll aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Greifswald in das „Endlager“ Morsleben bei Helmstedt gebracht.

Mehrere Hundertschaften Polizei sicherten den Transport und die um ein Uhr nachts in knapp einer Stunde durchgezogene Einlagerung, während ca. 40 Menschen rund um das Lager demonstrierten.

Die Eile im Dunkeln tat not, seit im Oktober vergangenen Jahres von Atomkraftgegnern die Zufahrtsstraße zur Atommülldeponie blockiert worden war. „Jede Wasserpumpe eignet sich für

hält die Kommune 50 Prozent, im zweiten Jahr 75 Prozent und vom dritten Jahr an den vollen Betrag ein. Begründet wird die Erhöhung mit Preissteigerungen bei den Neben- und Betriebskosten. Der tatsächliche Grund ist aber darin zu sehen, daß Schlichtwohnungen immer knapper werden. Die Verwaltung hat neben der Begründung der Preissteigerungen angeführt, mit dieser Maßnahme solle verhindert werden, daß die Bewohner länger als fünf Jahre in den Schlichtwohnungen verbringen. Außerdem würde diese Maßnahme nach Ansicht der Verwaltung die Bewohner veranlassen, die Ursachen ihrer Obdachlosigkeit sowie Miet- und Konsumschulden schneller als bisher zu beseitigen. Ziemlich zynisch angesichts der Lage von Menschen, die gezwungen sind, in Schlichtwohnungen zu ziehen und zu leben. — (bee)

Proteste gegen Essenspakete hatte Erfolg

Köln. Seit November wird an die Flüchtlinge in den Kölner Heimen keine Sozialhilfe mehr ausbezahlt, sondern alle drei, vier Tage werden Essenspakete angeliefert (wir berichteten mit einer Bildreportage). Die zahlreichen Proteste gegen diese Umstellung — vor allem auch von den Beschäftigten in den Heimen —, die nun ständig hauptsächlich mit der Essensverteilung beschäftigt sind, statt sich um die Probleme der Heimbewohner kümmern zu können, haben bewirkt, daß für alle Einrichtungen, in denen mehr als 50 % der Bewohnerinnen und Bewohner schon über ein Jahr da sind, die Regelung ab Januar wieder zurückgenommen wird. Die Nachteile der nach dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz angeblich vorgeschriebenen Verpflegung mit Sachleistungen liegen auf der Hand: die Kosten sind höher, die Sozialarbeiter verrichten hauptsächlich sachfremde Arbeit, die Beratung der Flüchtlinge kommt zu kurz, die Menschen werden entmündigt, können ihre Essgewohnheiten nicht mehr pflegen usw. Von daher werden die Proteste weitergehen, bis die Stadt Köln so wie andere Großstädte (Hamburg, Berlin, Hannover) auch, wieder zur Auszahlung der Sozialhilfe zurückkehrt. — (u.b.)

die Lagerung von Atommüll ebenso gut wie dieses Bergwerk“, so der Umweltsprecher Heinz Laing von Greenpeace. An fünf Stellen dringt Wasser in das Grubengebäude ein, in einem Fall direkt vom Deckgebirge, auch von den Endlagerbefürwortern nicht bestritten. Wohl aber verhältnismäßig. Da die Grube bisher nicht abgesoffen sei, so das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), bestehe auch zukünftig keine Gefahr.

Durch den Einigungsvertrag konnten 1989 westdeutsche Atomindustrielle und Politiker ohne viel Ärger mit hartnäckigen Atomkraftgegnern und ohne umständliche Atomrechtsverfahren von der ehemaligen DDR das dort genutzte „Endlager“ Morsleben erben mit einer Betriebserlaubnis bis Mitte des Jahres 2000. Bundesumweltminister Töpfer bezog diese Einlagerungserlaubnis sofort nicht nur auf den ostdeutschen sondern auch westdeutschen radioaktiven Müll.

Bei einem Spitzengespräch im November vergangenen Jahres wurden sich Töpfer und sein sachsen-anhaltischer Amtskollege im Umweltministerium Wolfgang Rauls (FDP) über diese Frage auch schnell einig: Ein bisschen sollten die Sicherheitseinrichtungen nachgerüstet werden, man werde nur schwach-radioaktiven Müll einlagern und auf flüssigen Nuklearabfall verzichten. Die einzulagernde Menge wurde auf 40000 Kubikmeter bis zum Jahr 2000 beschränkt (ein Viertel für Ost- und drei Viertel für Westdeutschland).

Dieses Mal gab es außer einer Greenpeace-Blockade im Keller der Deponie in Morsleben (mit der Folge einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs von Seiten der Unternehmensleitung) auch von juristischer Seite aus Widerstand. Für das Endlager fehlten, sagte die Greenpeace-Expertin Inge Lindemann, eine Studie für Langzeitsicherheit, ein Planfeststellungsverfahren und eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Rechtsanwältin Claudia Fittkow beantragte den vorübergehenden Einlagerungsstopp für Westmüll, der solange gelten sollte, bis Umweltminister Rauls über einen von ihr beantragten Widerruf der Betriebserlaubnis entschieden habe. Im Eilverfahren bestätigte das Oberverwaltungsgericht Magdeburg be-

reits am 13. 12. 93 die Berechtigung zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen auch aus Westdeutschland in das „Endlager“. Außerdem sei das sachsen-anhaltische Umweltministerium die alleinige Entscheidungsbehörde, die ein Prüfungsverfahren zum Widerruf oder zur Beauftragung der Betriebsgenehmigung einleiten könne. Aber warum sollte Herr Rauls sich diese Unbequemlichkeit schaffen? Nur weil eine Rechtsanwältin und Greenpeace von gravierenden Sicherheitsmängeln redeten und sich unerlaubte Blockaden und Geländebesetzungen anmaßten? — (edl)

Köln

NS-Beratungsstelle macht weiter

Wie wir bereits berichteten, verweigert die Bundesregierung dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte für 1994 die finanzielle Förderung. Die Mitgliederversammlung des Verbandes diskutierte jetzt die Lage. Wir dokumentieren die Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Evers und einen Appell des Pressesprechers Uwe Flohr. — (jöd)

Bundesregierung und Land Nordrhein-Westfalen weigern sich konstant, unsere Informations- und Beratungsarbeit für das Jahr 1994 abzusichern.

In den vergangenen Monaten sind wir in Bundes- und Landesministerien sowie in zahlreichen Parlamentsausschüssen vorstellig geworden. Eine verbindliche Finanzierungszusage haben wir bis heute nicht vorliegen. Zum Jahresende haben wir allen MitarbeiterInnen der Beratungsstelle kündigen müssen.

Wöchentlich lesen wir Meldungen, wofür in Bonn und den Bundesländern Geld vorhanden ist. Offensichtlich ist es jedoch unmöglich, nationalsozialistisch Verfolgten die Achtung und Zuwendung durch Politik und Regierungen zu geben, die sie verdienen. Daß es bis heute nicht gelungen ist, eine im Vergleich zu anderen Haushaltstiteln lächerliche Summe von einigen hunderttausend Mark abzusichern, ist ein politischer Skandal.

Wir sind enttäuscht und verärgert, aber nicht resigniert. Es wird der Ignoranz der politischen Verantwortlichen nicht gelingen, uns als Fürsprecher derjenigen, die unter dem deutschen Nationalsozialismus gelitten haben, mundtot zu machen. Viele Individuen und Verbände haben uns in den vergangenen Wochen unterstützt. Einige haben Spenden für die Weiterführung unserer Arbeit überwiesen. Das macht Mut und ermöglicht uns, das Beratungsangebot unserer Stelle, wenn auch mit Einschränkungen, aufrechtzuerhalten. Dieses Land braucht einen Zufluchtsort für Menschen, die Opfer rassistischer Gewalt wurden. Gerade in einer Zeit, wo solche Konzepte in neuen kulturellen Formen wieder an Popularität gewinnen! Vielleicht wurzelt die geschichtslose Großmäuligkeit neofaschistischer Brandstifter darin, daß unsere Gesellschaft Verfolgte und Geschädigte des deutschen Faschismus in Resignation, Scham und Verzweiflung getrieben hat. Die Geschichte, die Würde dieser Verfolgten zu sichern, ist die beste Prävention gegen ein neues Erstarken des Nationalismus in unserem Land.

Appell

Uwe Flohr, als Vorstand zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Lobby und Geldbeschaffung: „Es scheint uns deshalb jeden Versuch wert, unser Projekt weiterzuführen. Wenn die Politik so versagt, ist der Bürger gefordert.“

Die zum Ende des Jahres 1993 gekündigten MitarbeiterInnen arbeiten freiwillig und ehrenamtlich weiter.

Erste kleinere Spenden wurden auch schon überwiesen, davon kommt der größte Teil von den NS-Verfolgten selbst.

Wir sind aber mehr denn je auf finanzielle Unterstützung mündiger und engagierter BürgerInnen unseres Landes angewiesen. Wir freuen uns über jede Summe, die uns hilft, die Arbeit der einzigen bundesweit tätigen Informations- und Beratungsstelle für alle NS-Verfolgten fortzusetzen.“

Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500, Konto-Nr. 7073 100.

Bundesverband Information- und Beratung für NS-Verfolgte, Kämmergasse 1, 50676 Köln, Tel. 02 21 / 23 33 23

Lehrerarbeitszeit: Landesregierung wortbrüchig

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bereitet Streik vor

Am 8. Mai 1992 hatten sich CDU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung auf folgende Absicht verpflichtet:

„Die Arbeitszeit der Lehrer wird spätestens ab dem 1. August 1994 um eine Deputatsstunde gekürzt. Die drei unterrichtsfreien Tage entfallen dann.“

Die letzte Arbeitszeitverkürzung liegt 23 Jahre zurück. Unter der Regierung Filbinger/Hahn wurde im Jahre 1970 die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte aller Schularten um eine Stunde gesenkt. Seither sind die Lehrkräfte von den Arbeitszeitverkürzungen abgekoppelt. Die bundesweite Einführung der 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst im Jahre 1975 hat die Filbinger-Regierung nicht auf die baden-württembergischen Beamten übertragen. 1988 hat die Landesregierung unter Ministerpräsident Späth statt der mindestens einstündigen Deputatsverkürzung drei zusätzliche unterrichtsfreie Tage verordnet. Eine wirkliche Entlastung bringt das nicht. Die GEW setzt sich seit langem für folgende Forderungen ein:

- * Zwei Deputatsstunden für alle Kolleginnen und Kollegen mit einer Unterrichtsverpflichtung von 25 und mehr Stunden.

- * Eine Deputatsstunde für alle Kolleginnen und Kollegen mit einer darunterliegenden Unterrichtsverpflichtung.

- * Reduzierung des Deputats der Fachlehrer/innen und Technischen Lehrer/innen auf das Deputat der jeweiligen Schultart.

Die spezifische Arbeitsbelastung von Lehrkräften

In dem nach wie vor gültigen Gutachten des Münchner Arbeitsmediziners Prof. Dr. Müller-Limmroth (1980) wird dazu festgestellt: „Die psychische Belastung des Lehrers ist mit einem täglichen Energieaufwand für die Berufsarbeit von 3317-4027 Kilo-Joule bei einer Arbeitszeit von 9 Stunden 14 Minuten pro Tag höher als bisher angenommen. Dieser Aufwand ergibt sich aus der Haltearbeit beim Stehen, Sitzen, Schreiben und aus der erhöhten Sprecharbeit mit doppelter Lautstärke als der Umgebungsgeschäftspegel. Weitere Belastungen betreffen die Füße, die Wirbelsäule und den Kreislauf ... 36,8 Prozent der Lehrer über 30 Jahre haben unmittelbar vor Unterrichtsbeginn einen Blutdruck von 160/100 mm HG, 26,3 Prozent wiesen das am Unterrichtsende auf.“

Das sind eindeutige Risikofaktoren für Erkrankungen der Herzkranzgefäße (z.B. Herzinfarkt). 39 Prozent der Lehrer hatten 3-5 Risikofaktoren, 14,6 Prozent der Lehrer sogar 6-7 Risikofaktoren. Somit steht jeder 2. Lehrer unter erhöhtem Herzinfarktrisiko. Neben dem Herz-Kreislauf-System können das Atmungssystem und die Haut von der Streßreaktion in ihrer Funktion gestört werden ... Daß Streßhormone beim Lehrer durch die Unterrichtszeit vermehrt im Blut vorhanden sind, beweist die 8,1-fach höhere Ausscheidung des Streßhormonabbauprodukts (Vanillinmandelsäure) als Folge der Unterrichtszeit im Vergleich zum Ruhewert ... Wegen der Unmöglichkeit oder nur geringen Möglichkeiten, die berufsspezifischen Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisationen und Arbeitsabläufe zu verändern, kann nur der Zeitfaktor reduziert werden. Das ist — ergonomisch gesehen — auch die einzige Möglichkeit, beim Lehrer Fehlleistungen zu vermeiden, seine Leistungsfähigkeit zu erhöhen und zugleich gesundheitliche Gefährdungen zu verringern.

Ein unterrichtsfreies Wochenende und auch die Ferienzeiten haben diesen Effekt nicht, sondern nur die Senkung der täglichen Unterrichtszeit, da die mit der Streßreaktion hervorgerufenen Veränderungen aus biologischen Gründen möglichst bald, d.h. wenige Stunden

nach der Streßexposition ausgeglichen werden müssen.“

Landesregierung wird wortbrüchig

Die CDU/SPD-Koalition hat sich nun am 13. 1. 94 von der erklärten Absicht verabschiedet, alle Lehrerinnen und Lehrer an der Arbeitszeitverkürzung mit einer Wochenstunde zu beteiligen. Dem vorausgegangen war der sogenannte „Schönwalder Kompromiß“, der am 7./8. 1. 94 von den vier Koalitionspolitikern Teufel (CDU), Oettinger (CDU), Maurer (SPD) und Spöri (SPD) ausgehandelt worden war. In der Öffentlichkeit wurde der Vorschlag als einstündige Arbeitszeitverkürzung für Haupt-, Sonderschullehrer/innen sowie Fach- und Technische Lehrer/innen dargestellt. Nicht erwähnt wurde, daß alle anderen Lehrergruppen von der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen sind, daß für alle Lehrkräfte zehn Prozent der allgemeinen Deputatsnachlässe (für Organisation, Verwaltung, Bibliotheksdienst etc.) gestrichen werden, daß den Kolleginnen und Kollegen an Sonder-/Hauptschulen in der Altersgruppe 55 bis 59 Jahre eine Stunde Altersermäßigung gestrichen wird, daß alle Lehrergruppen, die eine Arbeitszeitverkürzung erhalten, die drei Ferientage zusätzlich abarbeiten müssen (Krankheitsvertretungen etc.), so daß sich für die Altersgruppe 55-59 Jahre an Haupt- und Sonderschulen eine Erhöhung der Arbeitszeit um durchschnittlich eine halbe Stunde ergibt.

In dieser Lage hat der Landesvorstand der GEW am 15. 1. 94 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die GEW Baden-Württemberg bereitet für Mittwoch, 2. 2. 1994, eine eintägige Arbeitsniederlegung vor.

2. Der Geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, bis Freitag, 28. 1. 1994, alle Gesprächsmöglichkeiten mit der Landesregierung und den Koalitionfraktionen auszuschöpfen, um ein akzeptables Ergebnis zu erzielen.

3. Die GEW informiert die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Umfang und die Auswirkungen der bisher veröffentlichten skandalösen Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung (Pressekonferenz, Info an die Schulen etc.)

4. Am Samstag, 29. 1. 1994, finden eine Funktionärskonferenz sowie eine Sitzung des Landesvorstands statt, auf denen die Ergebnisse der Gespräche bewertet werden. Der Landesvorstand beschließt über die Arbeitsniederlegung.

Widerstand in schwieriger Lage

Die gewerkschaftliche Gegenwehr befindet sich in einer schwierigen Situation. Von den 110000 Lehrkräften an baden-württembergischen Schulen sind 25000 in der GEW organisiert, der größte Teil im GHRs-Bereich. Ca. 40 Prozent haben unter Lohnverzicht die individuelle Arbeitszeit durch Teilzeit (halbes bis dreiviertel-Deputat) bereits verkürzt. 10 Jahre Mayer-Vorfelder-Regiment haben im Lehrkörper deutliche, untertägige Spuren hinterlassen; viele haben Angst vor möglichen, jedoch vergleichsweise geringfügigen Disziplinierungen (ein Tag Gehaltsabzug, Eintrag in die Personalakte). Belastend wirkt auch, daß unter den gegebenen Umständen lediglich eine mehr oder weniger große Minderheit der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder an der Arbeitsniederlegung teilnehmen wird; eine Aktion, die demonstrativen Charakter hat und einen gewissen Bestand an gewerkschaftlicher Selbstachtung öffentlich machen soll. Kommt es zu keiner nennenswerten Gegenwehr gegen die Schönwalder Schweinerei, werden die Vorstöße, die Wochendeputate allgemein zu erhöhen, nach den 94er-Wahlen nicht lange auf sich warten lassen. — (zem)



Oben: 30 Mitglieder einer Kölner Friedensinitiative protestierten vor dem Dom gegen den 18. Soldatengottesdienst. 2500 amerikanische, kanadische, britische, belgische und deutsche Soldaten wurde von Kardinal Meisner gerüstet. Er sprach über „die Abwesenheit Gottes mit ihren furchtbaren Folgen für die Menschen“ in Osteuropa: „Deshalb wird uns in der heiligen Weihnacht gesagt: Ehre sei Gott in der Höhe des Himmels, und Frieden auf Erden den Menschen und der Schöpfung“. Hier wird der Mensch eindeutig als Hüter des Seins definiert, indem er mit dem Himmel die Erde sichert. Hier ist der Friedensdienst des Soldaten letztlich begründet. Denn indem der Soldat den Himmel über der Erde bewahrt, bewahrt er den Frieden der Menschen auf Erden.“ Bleibt die Frage, in welchem osteuropäischen Land sollen Soldaten den Himmel und den Glauben bewahren? Generalinspekteur Naumann dankte für die „seelsorgerische Unterstützung“ der deutschen Soldaten am Golf, in Somalia und in der Adria. — (gba, jöd, Foto: af/mz)

Unten links: Köln. Jeden Mittwoch und Donnerstag besetzen Obdachlose in Köln U-Bahnhalte und errichten dort ihre Schlafstelle gegen den Willen der Verkehrsbehörden. Die Gruppe „Frauen in Schwarz“ unterstützte 40 Obdachlose bei ihrer Aktion Mitte Januar. — (jöd, Foto: af/mz)

Kurz berichtet

Metalltarif: Friedenspflicht endet

Mit dem 28. Januar endet in der Metall- und Elektroindustrie im Tarifgebiet 1 (Westberlin) die sogenannte Friedenspflicht. Die zweite Verhandlungsrunde Mitte Januar endete ohne Ergebnis und ohne Vereinbarung über einen neuen Verhandlungstermin. Ob die IG Metall allerdings tatsächlich nach Ablauf der Friedenspflicht die Belegschaften zu Kampfmaßnahmen auffordert, ist noch offen. Der für Tariffragen zuständige zweite Vorsitzende der IG Metall, Walter Riester, hatte gegenüber dem *Handelsblatt* jüngst erklärt, daß die IG Metall sich hüten werde, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Demnach liegt es dann an den Arbeitgebern, als erste zu Kampfmaßnahmen, also zu einer Angriffsaussperrung zu greifen. Das wäre ein Novum in der Tarifgeschichte und hängt damit zusammen, daß die Arbeitgeber nicht nur eine Nullrunde fordern, sondern ein echtes Minus. Solange allerdings die IG Metall darauf nicht eingeht, kein neuer Tarifvertrag zustandekommt, solange gelten die Bestimmungen des alten Tarifvertrages weiter. Die IG Metall kündigte für den 26. Januar eine Veranstaltung in Berlin mit Walter Riester an. — (br)

Geburtenknick und Abwanderung im Osten

Mit einem Bevölkerungsrückgang von einem Viertel wird für Ostdeutschland bis zum Jahre 2010 gerechnet. Das ergibt sich aus einer Studie, die der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz von der Humboldt-Universität angefertigt hat. Erstellte wurde die Ausarbeitung im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums, des Bundesforschungsministeriums und der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels. Ursächlich für die Prognose sind der Geburtenrückgang, die Sterblichkeitsrate und die Abwanderung. Insbesondere in Vorpommern, Neubrandenburg, Halle-Bitterfeld und Bautzen-Görlitz ist mit Abwanderungsverlusten zu rechnen. „Es gehen die Jungen und Aktiven im Alter von 20 Jahren bis Ende 30“, stellt Professor Münz dazu fest. Während Erfurt und Brandenburg in der Untersuchung bescheinigt wird, daß es in einigen Jahren zu einem Bevölkerungswachstum kommen kann, werden auch in Chemnitz, Rostock und Zwickau die Einwohnerzahlen abnehmen, wenn auch nicht so stark. Zu den Abwanderungen kommen in allen ostdeutschen Bundesländern sinkende Geburtenziffern. Auch die Lebenserwartung ist im Osten um drei Jahre geringer als in den Westbundesländern. Es droht eine Überalterung der Bevölkerung. Arbeits-, Berufs- und Lebensperspektiven sind so schlecht, daß die Leute nichts mehr hält. Auch mit 1000 DM, die ein brandenburgisches Dorf jetzt als Prämie pro Neugeborenes zahlt, wird der Trend nicht aufzuhalten sein. — (chk)

Beschäftigte besetzen ihre Betriebe

Frankfurt/Oder. Die Beschäftigten der Alwas-Wachschutz GmbH Brandenburg/Ost haben am 14. 1. 94 ihren Betrieb besetzt. Sie verlangen von der Firmenleitung ihre seit November ausstehenden Löhne sowie noch bestehende Urlaubsansprüche. Darüber hinaus fordern sie Aufklärung über die weitere Zukunft der Firma. Alwas-Wachschutz GmbH hatte wenige Tage zuvor wegen Zahlungsunfähigkeit Konkurs angemeldet und den Kunden gekündigt. Zugleich wurden ihnen aber Angebote einer neu gegründeten Firma Alwas-Dienstleistungs GmbH unterbreitet. — (har)

Prof. Porstmann voll rehabilitiert

Der führende Immunologe Prof. Tomas Porstmann, der seit 1972 an der Charité und seit 1988 stellvertretender Direktor seines Institutes war, wurde am 24. August 1993 von der Präsidentin der Humboldt-Universität Berlin, Prof. Dr. Marlis Dürkop, fristlos gekündigt, weil eine von der Gauck-Behörde gefertigte Akte ihn als „IMS Labor“ der Staatssicherheit der DDR bezeichnete. Der Vorwand, „Inoffizieller Mitarbeiter“ des MfS gewesen zu sein, ist der häufigste Vorwand zur Säuberung der Universität von Wissenschaftlern, Ärzten und Angestellten.

Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die trotz ihrer Mängel in der DDR humanistisch motiviert war. 1987 war Prof. Porstmann wesentlich an der Entwicklung eines HIV-Antikörpertests beteiligt und hat im Kampf gegen die Hepatitis Antikörper entwickelt. Porstmann war parteilos. 1992 organisierte er mit anderen gemeinsam den Protest gegen die „schwarze Liste“ der 400 Mitarbeiter, deren Stellen freigemacht werden sollten. Erst danach konstruierten Gauck-Behörde und Senat die Stasi-Geschichte. Präsentiert wurde eine „Handakte“, in die Berichte des MfS über die Aids-Forschung an der Charité und Gesprächsnotizen gestopft wurden.

Am 20. Januar 1994 fand vor der 3. Kammer des Arbeitsgerichtes Berlin die abschließende Verhandlung statt, in der Prof. Porstmann voll rehabilitiert wurde. Porstmann konnte nachweisen, daß er zu keiner Zeit für das MfS tätig war, worauf der Vertreter der Humboldt-Universität Berlin erklären mußte, daß „die Vorwürfe im Kündigungsschreiben vom 24. 8. 1993 nicht aufrecht erhalten“ werden können.

Porstmann, schon zu DDR-Zeiten ein renitenter Mann, war auch den neuen Herren der Universität und der Charité nicht genehm. Gegen seine Entlassung stemmten sich Kollegen und Mitarbeiter der Charité. Sie begannen, im In- und Ausland den Fall Prof. Porstmann bekanntzumachen. Ausländische Kollegen des Professors wie Dr. William Pelz, Direktor des Instituts für Sozialwissenschaft an der DePaul University in Chicago, forderten die Rehabilitierung Porstmanns. Quelle: ND, 21. 1. 94 — (abe)

Zum Umgang mit den Unterlagen der „Gauck“-Behörde

Hefig reagierte der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR auf die Forderung des letzten DDR-Innenministers und jetzigem Mitglied des Brandenburger Landtages, Herrn Dr. Peter-Michael Diestel, im Artikel der Silvester-Ausgabe des *Neuen Deutschland* zu einem anderen Umgang mit den Unterlagen des MfS der ehemaligen DDR. In seinen öffentlich vorgetragenen Antworten bestreitet er, daß unverantwortlich mit diesen Unterlagen umgegangen wird.

An die Berliner Initiative gegen Berufsverbote wenden sich viele Betroffene, denen aus politischen Gründen gekündigt wurde, und die ihren Fall öffentlich machen oder dokumentiert haben wollen oder einfach zum Gespräch kommen. Es sind weniger die Prominenten, die national und international stärkere Solidarität erhalten und als anerkannte Fachleute andere berufliche Chancen haben. Es sind vor allem jene, bei denen die Anwendung der Sonderkündigungsrechte aus dem Einigungsvertrag, darunter aufgrund von sogenannten „Gauck“-Bescheiden, das Ende ihrer beruflichen Tätigkeit bedeutet.

Abgesehen davon, daß in diesen Fällen durch die Betroffenen Befugnisse oder Verpflichtungen gegenüber einem völkerrechtlich anerkannten Staat im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Ordnung wahrgenommen wurden oder wahrzunehmen waren, sind in keinem dieser Fälle Beteiligten der Betroffenen an Menschenrechtsverletzungen erkennbar. Die Kündigung auf Grund des „Gauck“-Bescheides erfolgte ohne Prüfung einer individuellen Schuld und ohne Nachweis strafbarer Handlungen. Es wurde pauschal gekündigt, auch wenn es keine tatsächliche Zusammenarbeit mit dem MfS gab, diese den Betroffenen nicht bewußt war oder mehrere Jahr-

zehnte zurückliegt.

Beispiele für den Umgang mit „Erkenntnissen“

Hier eine Auswahl von Fällen Betroffener, die 1993 die Sprechstunde der INITIATIVE aufsuchten:

* Lehrerin aus Berlin, im Februar 1993 fristlos entlassen. Als Objektlerin eines Kreiskabinetts für außerunterrichtliche Tätigkeit und Zuständigkeit für materiell-organisatorische Fragen wurde sie zur Geheimhaltung eines konspirativen Treffzimmers in diesem Objekt durch das MfS 1984 schriftlich verpflichtet und durch das MfS als IM auch nach Übernahme einer anderen Funktion ab 1986 geführt. Laut „Gauck“-Bescheid keine Aufträge oder Berichte.

* Lehrerin aus dem Land Brandenburg, im April 1993 fristlos entlassen, da sie zwischen ihrem 18. und 20. Lebensjahr als ständige Besucherin eines wegen rechtsradikaler Tendenzen unter Kontrolle befindlichen Jugendclubs durch das MfS zur gedeckten Beobachtung genutzt wurde. Die Tätigkeit lag 15 Jahre zurück.

* Lehrer aus dem Land Brandenburg (Geburtsjahr 1956), im Mai 1993 fristlos entlassen, da er während seines Wehrdienstes bei den Grenztruppen der ehemaligen DDR von 1976 bis 1978 vom MfS als sogenannter Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) genutzt wurde.

* Lehrer aus dem Land Brandenburg (Geburtsjahr 1943), am 29. April 1993 sofortige Suspendierung vom Dienst und Schulverbot trotz laufender Prüfungen sowie fristlose Entlassung, da über ihn bei der „Gauck“-Behörde eine IM-

Vorlaufakte (vorgesehen zur Werbung während des Grenz-Dienstes) aus dem Jahre 1967 gefunden wurde, ohne daß es einen Nachweis für einen Kontakt mit dem MfS gab und darin der Hinweis enthalten war, daß von einer Werbung aus mangelndem Bedarf abgesehen wurde.

* Lehrer aus dem Land Brandenburg (Geburtsjahr 1941), im Mai 1993 fristlos entlassen. Inhalt des „Gauck“-Bescheides: „Herr ... war dem Führungsoffizier bereits durch Unterhaltungen bekannt. Am 9.3.1960 wurde er zu einem Gespräch beim Führungsoffizier bestellt, in dessen weiterem Verlauf er sich schriftlich verpflichtete, allerdings nur für den Zeitraum seiner Dienstzeit in der NVA. Laut Abschlußbeurteilung vom 15.5.1961 fanden im Mai 1960 und im Januar 1961 je ein Treff statt, wobei er sein Desinteresse für die Arbeit mit dem MfS bekundete. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß er sich für diese Arbeit nicht geeignet fühle.“

* Lehrerin aus dem Vogtland, fristlose Entlassung im Juni 1993. Sie schrieb uns: „Ich bin seit 1966 Lehrerin. Am 23.6.1993 verlor ich meine Arbeit. Ich bin verwitwet und habe eine 17-jährige Tochter, die studieren möchte. Dieser Schlag brachte uns ins soziale Abseits. Meine „Schuld“ besteht darin, daß ich 1970 Kontakte zu einem Mitarbeiter des MfS hatte, der mich als IME führte, d.h. ich sollte für internationale Begegnungen wegen meiner angeblich guten Sprachkenntnisse aufgebaut werden. Da ich mich als „perspektivlos“ erwies, wurde meine Akte 1972 wieder geschlossen. Dies erfuhr ich aus der etwa 10 Seiten umfassenden Mappe, die der sogenannte Führungsoffizier über mich angelegt hatte. Ich habe niemals Berichte verfassen müssen und lieferte auch sonst keine Informationen. Seit 1971 hatte ich niemals mit einem Mitarbeiter des MfS irgendwelche Kontakte.“

Datenschutzskandal: 2 Millionen Wahlberechtigte überprüft

Nach den Brandenburgern sollen auch die Wahlberechtigten der anderen ostdeutschen Bundesländer überprüft werden

Am 6. Januar hat der brandenburgische Landesdatenschutzbeauftragte Dietmar Bleyl die Öffentlichkeit darüber informiert, daß zur Vorbereitung der Kommunalwahlen am 5. 12. 93 polizeiliche Führungszeugnisse für über eine Million Brandenburger beim Bundeszentralregister (BZR) eingeholt worden sind. Weder die Betroffenen noch er selbst seien von dieser Aktion informiert oder daran beteiligt worden. Er selbst sei von seinem sachsen-anhaltinischen Amtskollegen auf die Aktion aufmerksam gemacht worden. Bleyl bezeichnete die Massenüberprüfung als gesetzeswidrig. Im Lauf der nächsten Tage stellte sich heraus, daß für alle brandenburgischen Wahlberechtigten ein solches Führungszeugnis beantragt worden ist, das sind knapp 2 Millionen. (1)

Nach anfänglichen Dementi, Beschwichtigungen und Rechtfertigungserklärungen stellt sich folgender Sachverhalt dar: Im Zeitraum Frühsommer bis Frühherbst 1993 wurden von den 214 Meldestellen Brandenburgs die persönlichen Daten der knapp 2 Millionen Wahlberechtigten per Disketten zum Bundeszentralregister (BZR) transportiert. Dort wurde geprüft, ob Eintragungen vorliegen, die den Ausschluß vom aktiven und/oder passiven Wahlrecht rechtfertigen.

Der Datenschutzbeauftragte sei bewußt außen vor gelassen worden, weil das Innenministerium keine datenrechtlichen Bedenken gesehen habe.

Erforderlich sei die Massenüberprüfung, weil die ostdeutschen Meldestellen noch mit Datenbeständen aus dem Zentralen Einwohnerregister der DDR (ZER) arbeiten, die solche Eintragungen nicht vorsehen. (In Westdeutschland sind die Gerichte verpflichtet, Verurtei-

lungen zu Freiheitsstrafen von über einem Jahr oder Entmündigungen u.ä. an die Einwohnermeldeämter zu übermitteln.) Man habe Wahlanfechtungsklagen vermeiden wollen.

Nun dürfen polizeiliche Führungszeugnisse nur über einzelne Personen, nicht aber von Personengruppen erstellt werden. Zudem müssen die Betroffenen grundsätzlich über eine solche Prüfung informiert werden. Für eine Massenabfrage gibt es weder in Brandenburg noch sonstwo eine gesetzliche Grundlage. Ob eine solche — wie jetzt von der Bundesregierung geplant — überhaupt zulässig ist, ist fraglich (siehe auch Kasten).

Was ist nun das Ergebnis der Befragung? Fast 2 Millionen Brandenburger wurden überprüft. Bei 10000 Brandenburgern (rd. 0,5 Prozent), die zu DDR-Zeiten mit dem Gesetz in Konflikt gekommen waren, wurde das BZR fündig und übermittelte seine Erkenntnisse an die örtlichen Meldeämter. Hierunter können sowohl Personen fallen, die wegen eines Verkehrsdeliktes oder Ladendiebstahls verurteilt worden sind, bei denen also kein Wahlausschlußgrund vorliegt. 627 (etwa 0,03135 Prozent) Brandenburgern wurde überwiegend das passive Wahlrecht entzogen. (2)

Auffallend an allen öffentlichen Erklärungen des hierfür zuständigen Innenministeriums ist, daß — mit Ausnahme dieser einen Zahl (627), die wohl für die nachträgliche Rechtfertigung herhalten soll — keine exakten Fakten auf den Tisch gelegt werden. So erfährt man weder den genauen Zeitraum der Überprüfung (hierfür müssen ja aktenkundige Anträge vorhanden sein) noch eine Aussage darüber, wieviele dieser 627 vom (überwiegend passiven) Wahlausschluß Betroffenen denn nun tatsächlich ver-

sucht haben, sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Die Frage, hat die Überprüfung nun tatsächlich Schaden im Sinne einer möglichen Wahlanfechtungsklage (weil einer jener 627 sonst kandidiert hätte) abgewendet, wird nirgends beantwortet. Man darf getrost davon ausgehen, daß dem nicht so ist. Stattdessen läßt das Verhalten der offiziellen Stellen eher vermuten, daß höherstehende Personen gedeckt werden sollen (dem BZR wurde am 7. 1. vom Bundesjustizministerium ein „Maulkorb“ verpaßt (2)).

So wies beispielsweise die Datenschutzbeauftragte der Stadt Potsdam, Lena Schraut, darauf hin, daß bereits seit 1992 das „Problem“ der unterschiedlichen Standards der Melderegister bekannt sei und „Konsultationen zwischen Bundesjustizministerium, Generalbundesanwaltschaft, Bundes- und Landeswahlleitern, den betroffenen Landesinnenbehörden — auch der Bundesinnenminister wurde in Kenntnis gesetzt —“ stattgefunden haben. (3)

Auch ein „Bauernopfer“ wurde schnell gefunden. Alle Schuld wurde dem Landeswahlleiter zugeschoben, der dann auch pflichtbewußt — einer Abberufung zuvorkommend — zurücktrat. Seine Schuld, „ein grober Fehler“, war es, den Brandenburger Datenschutzbeauftragten nicht einbezogen zu haben. Kein Rechtsverstoß, lediglich ein „Mangel an Sensibilität“. (4) Sein Fett bekam auch Dietmar Bleyl ab: Insbesondere die SPD-Abgeordneten warfen ihm vor, daß er die Öffentlichkeit vor dem Landtag informiert habe.

Wenigstens einer, dem der Datenschutz wichtig ist!

Quellen: Div. Tageszeitungen, darunter (1) *Der Tagespiegel*, 7. 1. 94, (2) dto., 8. 1. 94, (3) dto., 14. 1. 94, (4) dto., 11. 1. 94 — (har)



Unter der Losung „Sparen wir uns diese Regierung“ kam am 22. Januar 1994 eine Demonstration in Berlin zustande, die von einer Studenteninitiative organisiert und von DGB, Einzelgewerkschaften, dem Arbeitslosenverband, den Jungsozialisten, Friedensinitiativen und SOS Rassismus unterstützt wurde. Sie vereinte rund 2500 Teilnehmer. Begleitet von rund 500 Polizisten, begann die Demonstration am Herrmannplatz und endete mit einer Kundgebung auf dem Ostberliner Rosa-Luxemburg-Platz. Redner kritisierten die Bonner Pläne zur Reduzierung der Löhne auf dem zweiten Arbeitsmarkt und charakterisierten die Sozialpolitik der Bonner Regierung als verfehlt. Studentenvertreter warnten davor, daß seitens der Regierung Langzeitstudierende gegen Steuerzahler, Arbeitslose und niedrige Einkommensschichten ausgespielt werden sollen. Die Veranstalter sprachen von einem Erfolg der Demonstration. Quelle: ND, 24. 1. 94 — (abe)

Die Praktiken des Umgangs mit den Auskünften der „Gauck“-Behörde stehen im Widerspruch zu den gegenwärtigen Aussagen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

* Lehrer aus Berlin (Geburtsjahr 1941), fristgemäße Kündigung zum 31. 7. 1993. Inhalt des „Gauck“-Bescheides: „Die Überprüfung hat ergeben, daß Herr ... von der Verwaltung Aufklärung (dem militärischen Nachrichtendienst) des ehemaligen Ministeriums für Nationale Verteidigung erfaßt worden war. Diese Erfassung sagt jedoch nichts darüber aus, ob die o. g. Person selbst von diesem Dienst aufgeklärt wurde oder für diesen Dienst tätig war ... Darüber hinaus ist Herr ... als Kontaktperson geführt worden. Nach der Kontaktaufnahme 1970 erhielt er einen Decknamen, der vom operativen Mitarbeiter festgelegt wurde. Es ist nicht ersichtlich, ob ihm dieser Deckname bekannt ist. Er sollte in der Perspektive zur Schaffung von Kontakten und zur Erarbeitung von Hinweisen operativ genutzt werden. Es fanden 5 Treffen statt. Herr ... brachte mehrmals zum Ausdruck, daß er aufgrund großer Belastungen kaum Möglichkeiten zum Tätigwerden sehe.“

* Eisenbahner aus Berlin (Geburtsjahr 1937), im August 1993 fristlose Entlassung, da er von 1964 bis 1966 als IM Kontakt mit dem MfS hatte und für einen Auslandseinsatz vorgesehen war. Nach Feststellung einer fehlenden Eignung wurde er entpflichtet.

* Lehrer aus Berlin, jetzt 53 Jahre alt, vor Aufnahme einer hauptamtlichen Tätigkeit beim MfS, aus der er vor 20 Jahren ausschied und die nicht als Hinderungsgrund für eine Weiterbeschäftigung als Lehrer angesehen wurde, wurde er im Oktober 1993 entlassen, da er 1961 vor Aufnahme seiner hauptamtlichen Tätigkeit im MfS für ein halbes Jahr als IM erfaßt war.

* 2 Eisenbahner aus Berlin, Jahrgang 1939 und 1948, im IV. Quartal 1993 fristlose Entlassung. Als Unfallsachbearbeiter wurden sie durch die Transport-

kriminalpolizei, sogenanntes Kommissariat I, verpflichtet und mit gleicher inhaltlicher Tätigkeit durch das MfS als IM geführt.

* Lehrerin aus Berlin, im Dezember 1993 fristlose Entlassung, da sie zwischen ihrem 17. und 19. Lebensjahr als IM des MfS verpflichtet war. 1979 löste sie die Verbindung zum MfS, da sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnte.

Auch wenn in einzelnen Fällen nach langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen vor den Arbeitsgerichten eine Weiterbeschäftigung erreicht wurde, stellte auch bei diesen Betroffenen die fristlose Entlassung auf der Grundlage von „Gauck“-Bescheiden einen Bruch in ihrem Leben dar und sie müssen mit nachwirkenden Vorverurteilungen leben.

Allzu viele nehmen, da sie in diesem Land den Glauben an eine rechtsstaatliche Behandlung verloren haben, ihren Rechtsanspruch zur gerichtlichen Überprüfung ihrer Kündigung nicht wahr oder gehen auf Vergleichsangebote ein.

Über den Umgang mit den Akten neu nachdenken

Diese Praktiken, die nicht nur tausendfach, sondern in weit umfassenderer Form in Ostdeutschland mit dem undifferenzierten Umgang mit Andersdenkenden und auch mit den von der „Gauck“-Behörde verwalteten Akten üblich geworden sind, erweckten sowohl beim Vorbereitungs-Hearing der deutschen Menschenrechtsorganisationen im Mai 1993 in Bonn als auch bei der Wiener Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 bei den nationalen und inter-

nationalen Menschenrechtsorganisationen große Aufmerksamkeit.

Lediglich die staatlichen Vertreter (in Bonn war nur das Bundesjustizministerium vertreten, das Bundesinnenministerium war dem Hearing trotz Einladung ferngeblieben!) versuchten die gegenwärtigen Positionen des Umganges auch mit „Gauck“-Akten zu rechtfertigen, enthielten sich dann aber bei der Übergabe konkreter Materialien jeglichen Kommentars.

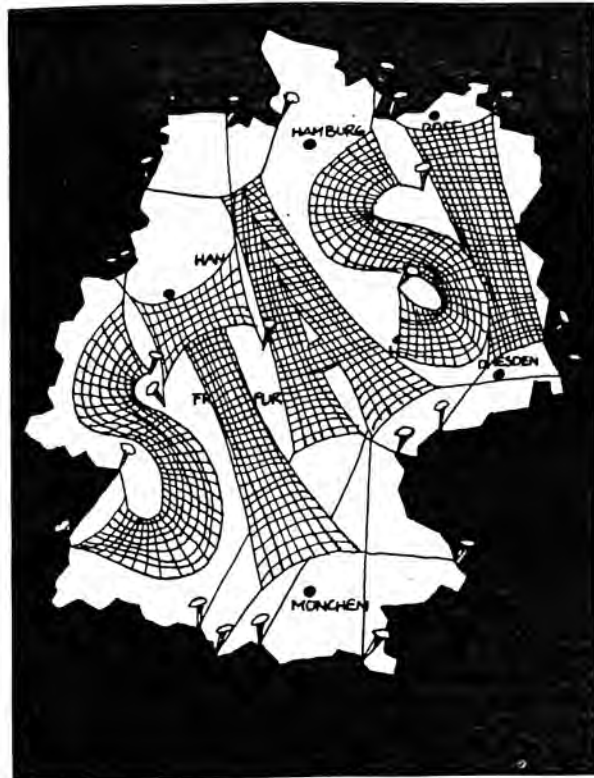
Es wird Zeit, daß tatsächlich über den Umgang mit diesen Unterlagen neu nachgedacht wird. Das wäre auch für den im Ergebnis des Bonner Menschenrechts-Hearing eingesetzten Beauftragten für Menschenrechte bei der Bundesregierung ein weites Betätigungsfeld.

Allen Betroffenen empfehlen wir, ihren Rechtsanspruch zur gerichtlichen Überprüfung der Kündigung, der nur durch eigenes Handeln durchgesetzt werden kann, wahrzunehmen und mit ihrem Fall in die Öffentlichkeit zu gehen.

Den Parteien und Gewerkschaften und verantwortlichen Politikern ist zu empfehlen, die mit dem Artikel von Herrn Diestel in Gang gesetzte Diskussion über den Umgang mit uns Ostdeutschen, die mit zur Aufrechterhaltung der Spaltung geführt hat, zu nutzen, um realistische Positionen zu finden und die Ausgrenzung Hunderttausender in Ostdeutschland zu beenden. — (Rudi Böhm)

Die INITIATIVE gegen BERUFSSVERBOTE ist zu erreichen über die Geschäftsstelle der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Karl-Lade-Straße 26, 10369 Berlin, Tel. 030/555 63 55. Sprechstunden jeweils Donnerstag von 15.00 bis 17.00 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung.

Unterstützen Sie unsere Arbeit zur Dokumentierung und Öffentlichmachung von Berufsverbotsfällen.
Spendenkonto 21 74 11 94 23 (Schulze), BLZ 100 500 000, Berliner Sparkasse



Altschuldenhilferegeln gefährden Mieterinteressen

Ostberlin. Die von der Bundesregierung beschlossenen Altschuldenhilferegeln richten sich gegen die Interessen der ostdeutschen Bürger. Die früher staatlichen Wohnungsbaugesellschaften (WGB) — heute gemeinnützige GmbHs — sind nach den Bonner Regelungen nun noch stärkeren Zwängen zur Privatisierung von Wohnraum ausgesetzt.

Während über die Schaffung von Sozialwohnungen fast nicht mehr diskutiert wird, soll die Privatisierung auf Dauer feste Tatsachen auf dem sogenannten „freien Wohnungsmarkt“ schaffen. Obwohl sich der größte Teil des Wohnungsbestandes auf kommunalem Grund und Boden befindet, sind die WGB durch die Altschuldenhilferegeln verpflichtet, 15 % des Wohnungsbestandes in den nächsten 10 Jahren zu privatisieren. Das bedeutet: weitere Enteignung der ostdeutschen Bürger und Öffnung des ostdeutschen Wohnungsmarktes für Immobilienhaie. Unter dem Druck des Altschuldenhilfegesetzes entwickelten die ostdeutschen WGB drei Modelle zur Privatisierung: *Erstens*: Verkauf von Wohnungen an die Mieter, mit dem zum 1. 1. 1994 begonnen werden kann; *zweitens*: Bildung von Genossenschaften innerhalb des Wohnungsbestandes; *drittens*: Verkauf von ganzen Wohnblöcken und -gebieten an private Investoren.

Im ersten Fall soll eine zu DDR-Zeiten gebaute Plattenwohnung zwischen 100 000 und 150 000 DM kosten. Da sich nur ein geringer Teil der Mieter eine solche Wohnung leisten könnte, setzt der Berliner Senat vor allem auf die dritte Variante. So wurden in den Bezirken Mitte, Hohenschönhausen und Weißensee schon bis Jahresende Tatsachen geschaffen, die den Mietern noch schwer im Magen liegen werden. Da die jetzigen Mieter unter die gesetzlichen Regelungen zur Wahrung des Bestandschutzes fallen, können die Vermieter nur über Modernisierungskostenumlagen sozial Schwache aus den Wohnungen vertreiben. Für Nachmieter gelten dann die Bestandschutzregelungen schon nicht mehr. In den Berliner Neubaugebieten müssen immerhin 30 500 von 270 000 Plattenwohnungen verkauft werden. Mit einer Arbeitslosenquote von bis zu 40 Prozent trifft das die Mieter in diesen Bezirken besonders schwer.

Wie unlauter der Senat und die Gesellschaften vorgehen, zeigt sich am jüngsten Berliner Bezirk Berlin-Hellersdorf. Obwohl sich der Geschäftsführer der WGB für die Übertragung an die Mieter oder die Gründung von Genossenschaften aussprach, wurde hinter den Kulissen längst nach privaten Investoren gesucht, die zwei Wohngebiete erwerben sollten. Auf Anfrage der PDS auf einer Sitzung der BVV räumte dann der

Geschäftsführer der WGB diese Tatsache ein.

Dies führte zu großen Protesten im Stadtbezirk. Zumal im Bezirk gerade ein von den Mieterverbänden mit Unterstützung der PDS Hellersdorf von 14 000 Bürgern unterzeichnetes Bürgerbegehren in Gang gesetzt wurde, daß die Forderung nach mehr Mitbestimmung der Mieter im Aufsichtsrat der WGB, nach Kontrolle durch die BVV und die Rechenschaftslegung des Aufsichtsrates gegenüber den Mietern verlangt. Auf einer Protestdemonstration der PDS am 22. 12. 1993 wurde die WGB aufgefordert, von ihrem Ansinnen abzulassen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit gab nicht etwa die Geschäftsführung nach, sondern zogen sich die offensichtlich auch unseriösen Privatinvestoren zurück. Die PDS erklärte in diesem Zusammenhang noch einmal, daß sie die Möglichkeit des Erwerbs von Wohneigentum von Mietern zwar kritisch betrachtet, aber im Rahmen der Bonner Gesetzgebung dies noch die legitimste Lösung darstellt. Ein Miet-Kaufmodell zur Wohneigentumsbildung über eine Genossenschaftsverwaltung kann durch die Gesellschaft aus Sicht der PDS nur realisiert werden, wenn 80 bis 90 Prozent der Mieter zustimmen. Sollte dies nicht der Fall sein, dann muß die Geschäftsführung der Wohnungsbaugesellschaft in den sauren Apfel beißen und selbst die Häuser mit einem gemischten Bestand an Miet- und Eigentumswohnungen verwalten.

Gegen den Verkauf an Privatinvestoren kündigt die PDS gemeinsam mit den Mieterverbänden an, mit Ausdauer und Phantasie Widerstand zu leisten. Ein Verkauf an Privatinvestoren wird deshalb nicht so einfach hingenommen, wird doch wahrscheinlich sogar unter Preis Landeseigentum verschleudert. Und nebenbei werden die Schutzbestimmungen für die jetzigen Mieter gleich mit ausgehebelt. Ab Mitte 1995 gilt außerdem die Aufhebung der Mietpreisbindung und schafft so weitere Unsicherheiten für die Mieter.

Wie die etablierten Parteien dazu stehen, zeigte sich Ende Januar bei der Abstimmung des Berliner Abgeordnetenhauses über einen Antrag der PDS-Fraktion zur Novellierung des „Altschuldenhilfegesetzes“. Im Antrag forderte die PDS: 1. Keine Erhöhung der Grundmieten durch Zinsbelastungen, 2. die Aufhebung des Privatisierungszwanges und 3. erst Grundinstandsetzung, dann ein möglicher Verkauf an die Mieter.

63 SPD-, 85 CDU- und 16 FDP-Abgeordnete entschieden mit ihrer Ablehnung dieses Antrages darüber, daß die Wohnungswirtschaft Ostberlins auch weiterhin auf Kosten der Mieter realisiert werden soll. — (KJD)

PDS-Brandenburg

Mit der seit 1992 gültigen Landesverfassung hat sich Brandenburg für außerordentlich hohe Maßstäbe zum Schutz persönlicher Daten entschieden. In Artikel 11 ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung festgeschrieben, das „nur im überwiegenden Allgemeininteresse durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes im Rahmen der darin festgelegten Zwecke zulässig (ist)“. Die Überprüfung aller Brandenburger im wahlfähigen Alter auf ihr aktives und passives Wahlrecht war weder durch eine gesetzliche Grundlage abgedeckt noch entsprach sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die gesetzliche Regelung jetzt nachgeliefert werden soll. Der laxer Umgang mit dem informationellen Selbstbestimmungsrecht wird letztlich noch dadurch verstärkt, daß das Innenministerium seinen abenteuerlichen Coup ohne Information des Landesdatenschutzbeauftragten landete.

Dieses Versäumnis ist weit mehr als eine unterlassene Höflichkeitsgeste. Vielmehr läßt es erkennen, welcher Stellenwert seitens der Landesregierung der Institution des Landesdatenschutzbeauftragten beigemessen wird.

Die Fraktion PDS-LL verlangt kein „Bauernopfer“ wie es offensichtlich mit der Entlassung des jetzigen Landeswahlleiters aus seinem Ehrenamt dargebracht werden soll. Erforderlich ist eine lückenlose Aufklärung des genannten Vorgangs und der konkreten Verantwortlichkeiten. Erforderlich sind deutliche Konsequenzen, mit denen der Datenschutz auf das verfassungsmäßig festgeschriebene Niveau gehoben werden kann. Die mit erheblicher Verspätung nunmehr vorgesehene Diskussion des seit März 1993 vorliegenden Tätigkeitsberichtes des Landesdatenschutzbeauftragten muß diesem Ziel untergeordnet werden.

Quelle: Presseerklärung, Potsdam, 11. 1. 94

Dokumentiert: Bundesdatenschutzgesetz — Text und Erläuterung —, Bonn, im Dezember 1991, herausgegeben vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz

Zweck dieses Gesetzes ist es, den Einzelnen davor zu schützen, daß er durch den Umgang mit seinen personenbezogenen Daten in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird. (§ 1 Abs. 1 BDSG) ...

Das Persönlichkeitsrecht gehört zu den höchsten vom Grundgesetz geschützten Werten ... Das Bundesverfassungsgericht hat dazu folgendes festgestellt:

„Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen“ (Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983).

Zur Begründung führt das Gericht aus: „Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffenden Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß ...“

Einschränkungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind nur aufgrund eines Gesetzes zulässig. Das Gesetz muß

— im überwiegenden Allgemeininteresse erforderlich sein,
— die Voraussetzungen für die Einschränkung des Grundrechts und deren Umfang für den Bürger erkennbar regeln, also dem Gebot der Normenklarheit entsprechen und
— den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten.

Wenn Gesetze in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des einzelnen eingreifen, dann muß der Gesetzgeber folgende Punkte beachten:

* Nur das erforderliche Minimum an

Daten darf verlangt werden.

* Die Daten dürfen grundsätzlich nur für den Zweck verwendet werden, für den sie erhoben oder erfaßt wurden.

* Der Gesetzgeber muß durch ergänzende Vorkehrungen dafür sorgen, daß auch bei der Organisation und beim Verfahren des Umgangs mit personenbezogenen Daten auf die Rechte des einzelnen Rücksicht genommen wird ...

Für die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten gilt als allgemeiner Grundsatz ein sogenanntes Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Das bedeutet: Die Verarbeitung und Nutzung von Daten ist verboten, es sei denn — sie ist durch das BDSG oder eine andere Rechtsvorschrift ausdrücklich erlaubt oder angeordnet oder — der Betroffene hat dazu seine Einwilligung erklärt. (...)

Für öffentliche Stellen gelten bei der Erhebung personenbezogener Daten eine Reihe von Grundsätzen:

* Es dürfen nur die Daten erhoben werden, die für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

* Daten sind grundsätzlich beim Betroffenen zu erheben; dabei ist ihm mitzuteilen, zu welchem Zweck dies geschieht.

* Ist der Betroffene zur Auskunft verpflichtet (z. B. bei amtlichen Statistiken), so muß ihm gesagt werden, nach welchen Rechtsvorschriften das der Fall ist ...

Ausnahmen: Ohne Mitwirkung des Betroffenen (z. B. durch Anfragen bei Behörden oder anderen Stellen) dürfen Daten nur erhoben werden, wenn

— eine Rechtsvorschrift dies vorsieht oder zwingend voraussetzt (z. B. Einholung eines Strafregisterauszugs nach dem Bundeszentralregistergesetz) oder
— die zu erfüllende Verwaltungsaufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen Personen oder Stellen erforderlich macht ... und keine Beeinträchtigung überwiegender schutzwürdiger Interessen des Betroffenen zu erwarten ist oder — die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßig hohen Aufwand zur Folge hätte ...

Unter diesem Motto traf vom 10. bis 12. Dezember letzten Jahres das „Forum der Neuen Europäischen Linken“ zu seiner regulären, halbjährlich stattfindenden Beratung in Barcelona zusammen. Als Gastgeber fungierte diesmal die „Initiative für Katalonien“, die der Izquierda Unida (IU/Vereinigte Linke Spaniens) angehört.

Neben den Mitgliedsparteien und -bewegungen (Vereinigte Linke Spaniens, Demokratische Linke Irlands, Groen Links/Niederlande, Sozialistische Linkspartei Norwegens, Sozialistische Volkspartei/Dänemark (SF), Linkspartei Schwedens, Linksbund Finnlands, Synaspismos/Griechenland (Koalition der Linken und des Fortschritts) nahmen auf Einladung der Gastgeber u. a. auch VertreterInnen der PDS/Deutschland, der Rifondazione Comunista/Italien (Partei der Kommunistischen Neugründung), der Demokratischen

Linken Großbritanniens, der Koalition der Linken im Europäischen Parlament teil. Schwerpunkte der inhaltlichen Diskussionen waren

- a) die politische Situation in Europa,
 - b) Nationen, Nationalitäten und Regionen im heutigen Europa,
 - c) die Rolle Europas in der Nord-Süd-Zusammenarbeit.
- In ihrem Verlauf wurden drei politische Resolutionen
- „Arbeitskräfte oder Menschen? Erklärung gegen das Einheizen von Rassismus, Ausländerhaß und Gewalt durch rechtsradikale Gruppen in Europa“;
 - „Das Ziel sind nicht Geschenke, sondern Wiedergutmachung. Resolutionen zur Solidarität mit den Völkern des Südens“;
 - „Für Frieden in Bosnien“ verabschiedet.

Dreh- und Angelpunkt dieser Tagung war die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung der Mitglieder des Forums „Ein neues Europa in einer neuen Welt“, die deutlich macht, wo gemeinsame Positionen in der Europa-Politik bezogen werden.

Wir haben diese Erklärung übersetzt, weil auch für uns die vorgestellten Positionen der o.g. Mitgliedsparteien im „Forum der Neuen Europäischen Linken“ von Interesse sind, wir mit den Mitgliedsparteien des „Forums...“ zusammenarbeiten und darüber hinaus die Erklärung auch der interessierten deutschen Linken zur Diskussion vorstellen wollen.

(Helmut Scholz, AG Frieden- und Internationale Politik beim PDS-Parteivorstand)

Ein neues Europa in einer neuen Welt

Deklaration des Forums der Neuen Europäischen Linken, Barcelona, 12. Dezember '93

Diese Deklaration ruht auf den Grundpfeilern allgemeiner Solidarität — der internationalen Solidarität aller Völker der Welt für soziale Gerechtigkeit, gleiche Verteilung und Gleichheit der Geschlechter sowie der Solidarität mit der Natur, die zugleich Solidarität mit den künftigen Generationen ist.

Die linken Traditionen des Volkskampfes für soziale Emanzipation und die grüne Mobilisierung für die Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts sind Bestandteile eines gemeinsamen Wollens, zu dem auch eine starke antimilitaristische Tradition gehört. Deshalb wollen wir, grün-linke Parteien Europas, uns zu einem politischen Bündnis für Solidarität in Europa und der Welt zusammenschließen, dessen Hauptziel darin besteht, den Kapitalismus zu überwinden sowie eine freie und gerechte Gesellschaft in einer bewohnbaren Welt zu errichten.

1. Grundprinzipien — eine globale Vision

1.1. Die Entwicklung Europas vor und nach dem zweiten Weltkrieg ist von verbreiteten sozialen und politischen Kämpfen geprägt. In einigen Ländern hat dies zur Errichtung eines starken Wohlfahrtsstaates geführt, der nun zerstört zu werden droht. Alte und neue gesellschaftliche Bewegungen wie Gewerkschaften, Frauen- und Umweltorganisationen haben ihren Beitrag geleistet, um größere Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit für das Individuum zu erreichen, die allerdings bei weitem nicht allen Menschen in gleichem Maße zur Verfügung stehen. Diese Faktoren unterstreichen, daß für politische Freiheit weiter gekämpft sowie Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft ausgebaut und verteidigt werden muß.

1.2. In diesem Zusammenhang müssen wir die Entwicklung der Demokratie in Osteuropa nach dem Verschwinden der totalen Regimes und dem Sieg der Ideale der Demokratie von 1989 als einen großen Schritt nach vorn sehen. Die Verweigerung politischer Menschen- und Bürgerrechte steht in tiefem Widerspruch zur sozialistischen Idee, der einzigen, die den Kampf um Demokratie und Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat. In den meisten osteuropäischen Ländern sind substantielle Fortschritte bei den individuellen und politischen Freiheiten zu verzeichnen, wenn auch das Wiedererstehen von Nationalismus und ethnische Konflikte zu ersten Rückschlägen geführt haben. Dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ ist die Entwicklung eines wilden Kapitalismus gefolgt, der mit einer völlig kritiklosen Haltung zu den Problemen der Marktwirtschaft einhergeht. Seine Wirkungen — wachsende soziale Ungleichheit, Massenarbeitslosigkeit, geringere soziale Fürsorge und Politikverdrossenheit — sind bereits sichtbar. Da nunmehr ein Rückfall in eine noch brutalere Form autoritärer Herrschaft droht, besteht die erste Aufgabe der transformatorischen, grünen und alternativen Linken nach wie vor darin, die politische Demokratie zu schützen und auszubauen. Die zunehmende Kritik der Bürger an der Schocktherapie in der Wirtschaft hat der osteuropäischen Linken zu neuem Aufschwung verholfen.

1.3. In Europa sind wesentliche Fortschritte erreicht worden, jedoch die

Wirklichkeit wird heute immer mehr geprägt von einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, zunehmender Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, systematischer Zerstörung der natürlichen Umwelt, wachsender Verdrängung der Bürger aus dem politischen Prozeß, dem Ansteigen von Rassismus, reaktionärem Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. Dies geht einher mit zunehmendem Militarismus, Terrorismus und Krieg, ungeachtet dessen, daß die globalen Spannungen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des kalten Krieges abgenommen haben.

1.4. Diese Probleme werden durch die

diese elitäre politische Ordnung zu finden und im politischen Prozeß mit Hilfe der neuen gesellschaftlichen Bewegungen sowie der Gewerkschaften den Widerstand der Menschen zu mobilisieren. Wir schlagen eine alternative Politik vor, die auf den Prinzipien der Zusammenarbeit, Solidarität und Achtung vor unserer Umwelt beruht. Wir arbeiten an einer glaubhaften Analyse aller Hauptfragen, vor denen unsere Gesellschaften heute stehen, und wollen über Widerstand, Kampf, Erfolg und Niederlage unsere Erfahrungen austauschen.

1.7. Wir sind entschlossen, mehr demokratische Rechenschaft in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durch-

tiger Abhängigkeit können viele politische, soziale, ökonomische und ökologische Fragen nur noch durch internationale Kooperation gelöst werden. Die Zusammenarbeit muß jedoch demokratisch sein und auf den Ideen der Solidarität, der souveränen Entscheidung der Völker sowie der Achtung für die ausgeprägte Identität und Unterschiedlichkeit der Nationen und Regionen beruhen.

Es gilt, mehrere negative Tendenzen zu bekämpfen. Sicherung des Rechts auf Selbstbestimmung bedeutet zugleich Auseinandersetzung mit aggressivem Nationalismus und Machtrivalitäten. Das Streben nach Integration darf nicht dazu führen, daß der Raum für öffentli-

lung verschiedener überregionaler Netzwerke beginnt. Die EG muß für diejenigen demokratischen Staaten offenbleiben, die um Mitgliedschaft nachsuchen.

Wir wollen ein demokratischeres, unabhängigeres Europa mit mehr Solidarität, wo politische Angelegenheiten im weitesten Sinne des Wortes Vorrang genießen und wo die Beteiligung der Bürger an allen Entscheidungsprozessen bestimmend ist.

Um ein solches Europa aufzubauen, müssen wir auf den verschiedenen Entscheidungsebenen politische Strategien entwickeln und ausarbeiten, obwohl wir begreifen, daß unsere Staaten in dieser Welt zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit zu klein sind, um die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Hauptprobleme allein zu lösen.

2.1. Mehr Demokratie

Transparenz, ein hohes Niveau der Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen, Anerkennung der ausgeprägten Identität von Nationen und der Unterschiede zwischen Regionen müssen Merkmale des neuen Europas sein:

- Offenheit der politischen Entscheidungen auf allen Ebenen — national und transnational;
- Akzeptanz der gemeinsamen Verpflichtung, die politischen, juristischen und sozialen Rechte der Völker zu gewährleisten, die Umwelt und den Frieden zu schützen;
- Entscheidungsfindung möglichst nah an den betroffenen Gruppen von Bürgern und deren aktive Teilnahme.

Für diese Grundprinzipien müssen wir in allen europäischen Ländern eintreten. Ihre praktische Durchsetzung wird von den unterschiedlichen politischen Bedingungen in den Institutionen abhängen, in denen unsere politischen Formationen wirken.

(...)

2.2. Mehr Bürgerrechte

Europa muß dafür sorgen, daß alle internationalen Verträge über den Schutz der Menschenrechte umfassend eingehalten werden. Die Europäische Menschenrechtskonvention muß in diese Verträge Eingang finden. Folgende neuen Rechte müssen in die Gesetze aller Staaten umgesetzt werden:

- die Abschaffung der Todesstrafe
- das Recht der Frauen, über einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden
- das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen und auf Zivildienst als Ersatz für einen bewaffneten Militärdienst
- volle Bürgerrechte für Immigranten und Minderheiten sowie ihr Zugang zur Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes
- Verbot jeglicher Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung.

2.3. Gleiche Rechte für Männer und Frauen

Wir setzen uns dafür ein, daß Frauen das Recht haben, sich in vollem Umfang in alle sozialen und wirtschaftlichen Bereiche einzubringen, daß Männer sich an allen außerökonomischen Aktivitäten beteiligen und so ihrer individuellen Verantwortung gerecht werden.

Wir fordern, jegliche Diskriminierung der Geschlechter in allen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zu verbieten. Solange Gleichheit nicht hergestellt ist, muß es Quoten und konkrete Aktionen für die Beteiligung von Frauen im öffentlichen und privaten Bereich geben. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die zur gerechten Beteiligung



Maastricht, 2. 4. 93: Europaweite Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Foto: af/mz

Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftskurses und rechtsgerichteter Politik weiter zugespitzt. Sie verschärfen Wettbewerb und Habgier, während Zusammenarbeit und Solidarität abgelehnt werden. Dieses Konzept einer entwickelten Gesellschaft beruht auf liberalisierten Märkten und einer Verschärfung des Wettbewerbs. Es zielt darauf ab, die demokratische Kontrolle des Kapitals auf nationaler und internationaler Ebene zu reduzieren sowie nationale Kontrolle und Regulierung zu beseitigen. Es zerstört Staatsunternehmen und fördert die Entwicklung privater Monopole, die nicht nur die neuen Märkte Europas, sondern auch die der Entwicklungsländer erobern wollen, um so in der Lage zu sein, mit ihren Rivalen aus den USA und Japan um die Vorherrschaft zu kämpfen. Sie brauchen die unkontrollierte Nutzung der Ressourcen der Welt, die rücksichtslose Ausbeutung von Arbeitern und Konsumenten.

1.5. Wir wollen daran mitarbeiten, eine klare progressive Antwort auf die wachsenden Probleme unserer Gesellschaft zu formulieren. Wir erkennen an, daß wir in einer Welt zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit leben, daß die nationalen Antworten weiter gefaßt und auf internationales Niveau gehoben werden müssen, wenn sie den sozialen, politischen, ökologischen und ökonomischen Fragen gerecht werden sollen, vor denen die Gesellschaft heute steht. Zugleich sehen wir: Unsere moderne Gesellschaft ist von so tiefgreifenden Widersprüchen durchzogen, daß nur eine radikale und fundamentale Umgestaltung der gesamten Gesellschaft eine befriedigende Lösung dieser Probleme herbeizuführen vermag. Die Arbeitslosigkeit ist das Hauptproblem und das beste Beispiel dafür, daß neue Antworten gebraucht werden.

1.6. Wir versuchen, eine in sich geschlossene und wirksame Antwort auf

zusetzen. Wir wirken dafür, die Menschen und ihre Umwelt in den Mittelpunkt einer neuen gesellschaftlichen Ordnung zu stellen, und widersetzen uns der elitären Politik der Reichen und Mächtigen. Wir treten für Solidarität in unseren Ländern, in Europa und in der Welt ein und wenden uns gegen Militarismus und Chauvinismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir kämpfen weiter für eine Gesellschaft freier und gleicher Bürger und widersetzen uns sozialer Ausgrenzung in jeglicher Form. Wir kämpfen gegen eine Wirtschaftspolitik, die noch mehr Arbeitslosigkeit produziert, und wirken dafür, eine neue Harmonie der Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die erhaltende Entwicklung fördert, mehr Arbeitsplätze schafft, der Verschwendung und zügellosem Konsum ein Ende setzt.

1.8. Wenn unsere Strategie auch variieren mag, sind wir doch davon überzeugt, daß diese Vielfalt die Wirksamkeit eines starken Pols der transformatorischen, grünen und alternativen Linken, ohne die die Schaffung einer progressiven Mehrheit von politischen und sozialen Kräften nicht möglich ist, stärken und bereichern wird, wenn wir es lernen, effektiv zusammenzuarbeiten und unsere Erfahrungen zu teilen. In der Erkenntnis, daß es keine alleinige Formel des Erfolges und keinen allein richtigen Weg bei Ausschluß aller anderen gibt, sind wir bereit, den Dialog fortzusetzen sowie unsere Zusammenarbeit, unsere gegenseitige Unterstützung und Solidarität in den nächsten Monaten und Jahren zu verstärken.

2. Das Europa, das wir wollen

In einer Welt zunehmender wechselsei-

che Debatten über die Probleme von Regionen, Gebieten, Völkern, Nationen oder Staaten eingeschränkt wird. Der positive Trend zur regionalen Zusammenarbeit ist zu unterstützen.

Das Europa von heute weist grundlegende Mängel auf. Das gilt ebenso für die EG, die einen wichtigen Teil Europas darstellt. Der neoliberale Europäische Binnenmarkt und die vom Maastichter Vertrag vorgezeichnete Europäische Währungsunion wirken teilend, ausgrenzend und selektierend. Jüngste Entwicklungen zeigen, daß die Geldpolitik den Erfordernissen der realen Wirtschaft angepaßt werden muß. Vorrang gebührt einem wirklichen sozialen und ökologischen Gleichgewicht im Gegensatz zu rein nomineller Übereinstimmung, die tiefe regionale und soziale Ungleichgewichte verursacht.

Nach dem Fall der Berliner Mauer wurde ein stabilerer Kontinent vorausgesagt, der nicht länger in Ost und West geteilt ist und nicht mehr Gefahr läuft, zum nuklearen Schlachtfeld der Supermächte zu werden. Heute sehen wir, daß der Eisernen Vorhang der Vergangenheit von einem „Silbernen Vorhang“ der Gegenwart abgelöst worden ist, der die Länder Europas noch immer voneinander trennt.

Alle westeuropäischen Staaten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, ihren Beitrag zum politischen, sozialökonomischen und ökologischen Fortschritt in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu leisten sowie für Frieden auf dem Balkan und im Kaukasus zu wirken. Darüber hinaus muß sich der Westen für die Achtung der individuellen Menschenrechte, für Pressefreiheit und das freie Wirken des Rechtswesens in diesen Ländern einsetzen.

Wir teilen nicht den Gedanken an ein Europa konzentrischer Kreise. Wir unterstützen ein Europa mit vielen Zentren, dessen Aufbau mit der Entwick-

der Männer an der Hausarbeit beitragen.

2.4. Den Frieden organisieren und den Krieg verhindern

Der kalte Krieg ist zu Ende, aber es ist noch kein Frieden eingezogen. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa haben neue nukleare Risiken und die schlimmsten bewaffneten Konflikte seit dem zweiten Weltkrieg hervorgebracht.

Um den Krieg zu verhüten, müssen wir den Frieden organisieren. Wir wollen ein System der kollektiven Sicherheit im gesamteuropäischen Rahmen, ausgehend von einer wirksameren KSZE als regionale Sicherheitsorganisation unter der Ägide der Vereinten Nationen aufbauen. WEU und NATO, die wir als Relikte des kalten Krieges betrachten, können die Sicherheitsprobleme des heutigen Europas nicht lösen und müssen durch Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen der KSZE abgelöst werden.

Dieses System kollektiver Sicherheit muß parlamentarischer Kontrolle unterliegen und auf einem Vertrag beruhen, der die notwendigen Instrumente enthält für Untersuchung, Vermittlung, Versöhnung, Schlichtung und direkte Intervention als letztes Mittel in Fällen, die die gemeinsame Sicherheit berühren.

Die KSZE und der Europarat als Hüter der Menschenrechte sollten Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit entwickeln. Der Schutz der Umwelt, die Energieerzeugung, die Sicherheit der Kernkraftwerke und die Entwicklung des Verkehrs bei Achtung der natürlichen Umwelt sind Themen, die jedem Mann in Europa interessieren.

Wir müssen die „ökologische Sicherheit“ als einen Grundsatz der Außenpolitik einführen und Maßnahmen ins Völkerrecht aufnehmen, die auf die Verhütung von nuklearen Katastrophen und Unfällen beim Transport von Öl und anderen gefährlichen Substanzen gerichtet sind. Wir wollen die Vereinten Nationen reformieren und stärken, so daß sie in die Lage versetzt werden, den Frieden zu sichern. Forderungen nach Einsatz von UN-Streitkräften für humanitäre Aktionen, Friedenserhaltung oder Intervention als letzte Option müssen in jedem Einzelfall geprüft werden, solange sie keinen starken Machtinteressen entsprechen und gegen alle Seiten, die das Völkerrecht verletzen, nach gleichen, unparteiischen Kriterien angewandt werden.

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sollte für alle Mitglieder der Vereinten Nationen gelten. Das Verbot der Atomversuche muß umfassend und überprüfbar sein. Die Massenvernichtungswaffen müssen unter UNO-Kontrolle gestellt und im wei-

teren einer fortschreitenden Verschrottung zugeführt werden. Der Waffenhandel ist zu überwachen und zu reduzieren.

3. Wirtschaft und Umwelt — ein neues Entwicklungsmodell

Wir wollen zu einem Modell erhaltender sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Entwicklung kommen, das das alte Modell ablöst, denn dieses ist chaotisch und verschwenderisch und führt zu tiefen sozialen, ökonomischen, territorialen und ökologischen Verwerfungen. Unsere Politik wird auf folgenden Prinzipien beruhen:

— **Mitverantwortung und Demokratie:** Stärkere Einflußnahme der Bevölkerung auf wirtschaftliche Entscheidungen, mehr Beteiligung der Bürger an der Entwicklung kollektiver Alternativen, eine wirkliche Demokratisierung der Leistungsformen in der Geschäfts- und industriellen Welt. Dies erfordert insbesondere, eine Überwachung der Kapitalmärkte einzuführen und das Finanzsystem zu regulieren.

— **Stopp der Verschwendung:** Bei Ablehnung der Überschussproduktion — Vermeidung der Verschwendung von Ressourcen bei Befriedigung der Grundbedürfnisse als Hauptziel, Veränderung des individuellen Bedarfs, Beeinflussung des Verbraucherverhaltens, drastische Verringerung extravaganten oder unsolidarischen Verbrauchs in der öffentlichen und privaten Sphäre.

— **Solidarität und sozial ausgerichtetes Wachstum:** Eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen, ein niedriges Niveau der realen Zinssätze, Unterordnung der Marktwirtschaft unter die Bedürfnisse der Menschen, das Schwerkraft auf gesellschaftlichen und kollektiven Eigentumsformen im Rahmen einer gemischten Wirtschaft, Anerkennung unserer Verpflichtungen gegenüber dem gesamten Planeten, der Dritten Welt und den künftigen Generationen.

Um diese Prinzipien durchzusetzen, schlagen wir vor, die Arbeitszeit zu verkürzen, über Methoden des Teilens von Arbeit zu verhandeln, die kooperative Natur der Arbeitsbeziehungen stärker hervorzuheben und sozial nützliche Arbeit zu fördern. All dies dient dem grundsätzlichen Ziel, Vollbeschäftigung zu erreichen.

Wir fordern auf nationaler und europäischer Ebene eine konsequente Politik, die auf die Erholung der Wirtschaft, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Überwindung der Arbeitslosigkeit ge-

richtet ist. Förderung durch die öffentliche Hand, das Abgehen von der monetaristischen Wirtschaftspolitik und Zinssenkung sind Vorbedingungen für einen derartigen Kurs.

Das bedeutet bessere Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Zugleich benötigen wir jedoch Bildungsprogramme und besondere Festlegungen, um Traditionen zu überwinden, die zu Paternalismus und Diskriminierung im Beruf tendieren, so z.B. eine quotierte Vertretung in öffentlichen Institutionen.

In einigen Ländern wäre die Einführung eines Minimallohnes ein Instrument im Kampf gegen soziale Ausgrenzung.

Wir wollen aktive und koordinierte Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung fördern, in der die Qualifizierung der menschlichen Arbeitskraft von der Grundschule bis zur wissenschaftlichen Bildung, die Entwicklung einer grünen Wirtschaft durch Einführung neuer Berufe und ökologischer Arbeitsplätze in Bereichen wie Energieerzeugung, Wiederverwertung, Verkehr und Landwirtschaft Vorrang haben.

Wir wollen, daß mehr Menschen in solchen Bereichen wie medizinische Versorgung, Bildung und Sozialfürsorge tätig werden, die unterprivilegierten Menschen und der Gesellschaft insgesamt dienen. Wir fordern einen allmählichen Umbau des Steuersystems weg von der Besteuerung der Arbeit, hin zur Besteuerung von Energieverbrauch und Umweltverschmutzung, wobei das Prinzip der sozialprogressiven Besteuerung weiterhin anzuwenden ist. Wir treten außerdem für eine höhere Besteuerung von Vermögen und Kapital sowie für eine Aufstockung der öffentlichen Ausgaben auf allen Ebenen sowie für gleiche soziale und regionale Verteilung ein; wir wollen die Besteuerung von spekulativem Kapital einführen und einen entschiedenen Kampf gegen Steuerhinterziehung führen.

Wir wollen die Gewerkschaften in ihrem Kampf für industrielle Demokratie und internationale Solidarität stärken. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für das Recht, über nationale Grenzen hinweg und innerhalb transnationaler Korporationen zusammenzuarbeiten, zu mobilisieren und sich zu organisieren.

Grundsatzvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern müssen höheres Gewicht erhalten und auch für Nichtgewerkschaftsmitglieder gelten.

Wir wollen hervorheben, daß dieses Modell einer erhaltenden Entwicklung in unserem Teil der Welt nur dann erfolgreich sein kann, wenn es auf wirksamer globaler Solidarität beruht.

Die unterzeichnenden Organisationen stimmen in diesen allgemeinen Prinzipien

und praktischen Maßnahmen überein. Sie müssen als konkrete Vorschläge auf allen Ebenen und unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen jedes Landes und jeder Region entwickelt werden.

Unsere Alternative für wirtschaftliche Transformation wird nur in dem Maße Erfolg haben, wie eine wirksame Unterstützung für eine neue Politik mobilisiert werden kann. Deshalb ist eine Stärkung der Werte der Demokratie und Solidarität dringend notwendig. Wir brauchen eine Wiederbelebung der Beteiligung des Volkes und eine kämpferische Arbeiterbewegung auf allen Ebenen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die demokratische Linke Europas übernimmt die Verantwortung für tiefgreifende demokratische und soziale Veränderungen in Europa. Wir sind bereit, uns dieser Verantwortung zu stellen.

Wir sind entschlossen, den Wohlfahrtsstaat und die soziale Sicherheit, vor allem medizinische Versorgung, Bildung und Sozialfürsorge, zu verteidigen, für volle Gleichheit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt einzutreten sowie eine wesentliche Aufstockung der Ausgaben der EG für die Überwindung sozialer und regionaler Unterschiede zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte der Bürger als Verbraucher stets zu achten.

Die Parteien, die in den EG-Ländern wirken, wollen die Europäische Sozialcharta mit Inhalt erfüllen und weiterentwickeln, so daß minimale soziale Normen eingeführt werden, um das Sozialdumping zu überwinden und zu verhindern, daß Arbeiter auf dem Binnenmarkt gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb ist es notwendig, die Gewerkschaften zu stärken, das Recht der Arbeiter auf Information und volle Einbeziehung in Entscheidungen des Managements zu sichern, die sie betreffen, insbesondere in den transnationalen Korporationen. Hier kann das Europäische Komitee der Arbeiter und Unternehmer eine positive Rolle spielen.

Wir wollen für Europa und die Welt eine erhaltende globale Entwicklung, die darauf abzielt, das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Bevölkerung und natürlicher Umwelt wiederherzustellen — und dies mit einem Modell der industriellen Entwicklung, das auf der Nutzung sauberer Technologien, auf Effektivität und Energieeinsparung beruht, die Umwelt minimal belastet und keinerlei Abfall mehr produziert:

(...)

Umwelt

Um diese Ziele im Rahmen Europas zu erreichen, schlagen wir folgende Instrumente vor:

(es folgen 22 Grundsätze und Forderungen).

4. Immigranten und Flüchtlinge

Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West nehmen täglich zu. Rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Naturressourcen tragen zu Ausgrenzung, sozialem Elend und zur Verschärfung der sozialen und ökologischen Probleme bei. In Kombination mit politischer Unterdrückung und nationalen Konflikten führen diese Faktoren zu einer wachsenden Zahl von Immigranten und Flüchtlingen.

Wir lehnen das Modell von einer „Festung Europa“ gegen die Migrationsströme aus Süden und Osten ab. Wir kämpfen gegen rassistisches und ausländerfeindliches Denken und Handeln. Wir treten für eine Politik der geordneten und harmonischen Integration von Immigranten und Flüchtlingen ein, für eine Politik der Zusammenarbeit und Hilfe bei der Entwicklung, die zusammen mit anderen Maßnahmen wie der Streichung der Auslandsschulden dazu beitragen wird, die Ursachen zu beseitigen, die zunächst zu Armut und danach zu Emigration führen.

Die Schließung der Grenzen für Immigranten und Flüchtlinge ist weder eine wünschenswerte noch eine realistische Lösung. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht. Personen, die vor Hunger, Krieg und Katastrophen fliehen, müssen Zuflucht erhalten. Die Einwanderungs- und Asylpolitik muß unter den europäischen Staaten im Geiste des Humanismus abgestimmt werden. Es geht darum, den Menschen Unterkunft, Sicherheit und Solidarität zu gewähren, die diese benötigen. Immigranten und Flüchtlinge, die unter uns leben, müssen das Recht auf Familienzusammenführung, auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung in Sozialfürsorge, Kultur und Bildung, bei der Suche nach Arbeit und Wohnung erhalten.

Es muß ihr Recht anerkannt werden, sich innerhalb der Gemeinschaft frei zu bewegen, an politischen Wahlen teilzunehmen; sie müssen die Möglichkeit erhalten, sich in Fragen der öffentlichen Verwaltung zu informieren, zu konsultieren und einzubringen.

Der Text wurde von der Redaktion aus Platzgründen gekürzt. Die Kürzungen sind gekennzeichnet. Ebenfalls nicht dokumentiert ist Teil 5: „Eine neue demokratische internationale Ordnung“.

Vorschläge für die Überarbeitung des Entwurfs eines PDS-Wahlprogramms zu den Europa-Wahlen

Während der Linken Winterschule '94 diskutierten die Arbeitsgruppen Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften sowie Geschichte ausführlich den vorgelegten Entwurf in der im Rundbrief der westlichen Landesverbände veröffentlichten Fassung. Wir sind beauftragt, Euch das folgende Fazit der vielstündigen Diskussion, an der an einem Tag auch Gen. Helmut Scholz teilgenommen hat, für Eure weitere Arbeit an dem Entwurf zur Verfügung zu stellen.

Es gibt eine Vielzahl von Übereinstimmungen. Zwei grundsätzliche Mängel verlangen aber u.E. dringend eine Korrektur:

1. Der Entwurf trägt alle Züge eines außenpolitischen Dokuments. Er muß aber in ein innenpolitisches Dokument umgewandelt werden, wenn von ihm eine WählerInnen mobilisierende Wirkung ausgehen soll. Das betrifft die Sprache der Insider, die in eine Sprache umgewandelt werden muß, die politisch Aufgeschlossenen, die jenen mehr als 90 % der WählerInnen und Mitglieder, welche die Debatten um die Europa-Politik nicht kennen, einleuchtend ist, ohne daß ihnen Eingeweichte immer erst erklären müssen, was gemeint ist. Das betrifft die Vielzahl und Konturlosigkeit der Forderungen, die zwar alle auf der Ebene des Europäischen Parlaments, der Kommission und der nationalen Regierungen bedeutsam sein mögen, den NormalverbraucherInnen aber kaum das Gefühl vermitteln, daß ihre Sache verhandelt wird. Das betrifft nicht zuletzt die Angst, Roß und Reiter zu benen-

nen, wie sie in der Häufung von Fällen sichtbar wird, wo objektiven Prozessen (die europäische Einigung, das Zusammenwachsen usw.) die Rolle handelnder Personen zugeschrieben wird. Wahlen aber sind politische Auseinandersetzungen konkreter politischer Kräfte, WählerInnen müssen also wissen, auf wessen Seite gegen wen sie sich stellen sollen, wohin die Partei gehört, der sie ihre Stimme geben sollen.

2. Der Entwurf muß eine andere Antwort auf die (nicht deutlich ausgesprochene) Schwierigkeit suchen, daß die PDS zu denen gehört, die vergeblich gegen Maastricht gekämpft haben und nun erneut eine Position zu den Verträgen bestimmen müssen. U.E. ist es nicht überzeugend, wenn wir sagen, nun wollen wir die Verträge ausgestalten. Wir müßten deutlich sagen, daß wir nun gegen die verheerenden Folgen dieser Entscheidung antreten und politische Öffentlichkeit für eine „Nachverhandlung“ 1996 zu mobilisieren versuchen, daß alle, die sich gegen diese oder jene Konsequenz wehren, in uns verlässliche Verbündete und politisch-parlamentarischen Rückhalt finden. Wie bei den Bundestagswahlen wäre zu zeigen, welche Folgen es hätte, wenn eine solche Opposition aus dem Europaparlament ausgeschlossen würde.

3. Gerade der deutsche Einigungsprozeß mit seinen einen der mächtigsten europäischen Staaten stabilisierenden Folgen gibt unserer Stimme besonderes Gewicht, weil die Bundesregierung maßgeblich darauf hingewirkt hat, daß die Maastrichter Verträge die

gleichen verhängnisvollen Mechanismen für den europäischen Einigungsprozeß vorsehen wie für die deutsche Einheit. (Gregor Gysi hat das sehr überzeugend bei seinen jüngsten Reden in Jena belegt.)

**Linke Winterschule
beim Landesverband
Thüringen der PDS
An:
Bundesvorstand der PDS
Redaktionsgruppe für das
Wahlprogramm zur Europawahl**

Den hier abgedruckten Brief hat der Landesvorstand der PDS Thüringen in seiner Sitzung am 21. 1. 94 beraten und beschlossen, ihn zu unterstützen und die Redaktionskommission aufzufordern, die entsprechenden Änderungen vorzunehmen. Die Verfasser wurden beauftragt, auch die Punkte 1. und 2. in eine abstimmungsfähige Form zu bringen und diese der Beratung der Thüringer Delegierten zum Bundesparteitag vorzulegen.

4. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß im Europawahlkampf die gleichen „Markenzeichen“ der PDS kenntlich werden, mit denen wir in die anderen Wahlen gehen. Z.T. sind sie im bisherigen Entwurf zu finden, gehen aber vielfach unter bzw. sind nicht markant genug formuliert.

In diesem Sinne schlagen wir die

deutliche Hervorhebung folgender Forderungen vor:

— Die Rechten können gestoppt werden! Für einen deutschen Beitrag zum italienischen-französischen-holländischen-polnischen Block gegen den Rechtsextremismus!

— Keine europäischen militärischen Einsätze außerhalb Europas oder zugunsten einzelner europäischer Kriegsparteien! Keine Militäreinsätze nach innen! Ein deutscher Initiativbeitrag für eine europäische Konvention gegen Waffenhandel!

— Eine deutsche Regierung und Gerichte bindende Anerkennung des Menschenrechtsberichts des Europa-Parlaments! Keine Unterstützung oder Kooperation für die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei!

— Laßt alle Regionen blühen, damit Europa gedeihen kann! Steuer- und Haushaltspolitik von unten nach oben! Verteidigung der Konsenspflicht des Helsinki-Prozesses („Einigung statt Einheit!“ — so die Forderung des Briand-Planes)!

— Verteidigung der Bauern als eines Grundelements europäischer Kultur! Neufassung der Agraraufgaben!

— Aufnahme der elementaren Gewerkschaftsforderungen in die Sozialunion! Aufnahme eines Stufenplanes zur Angleichung der europäischen Sozial- und Umweltstandards an die jeweils höchsten Levels!

— Gegen Deregulierung und Privatisierung der wichtigsten sozialen Dienste bei Bahn, Post, Gesundheitswesen!

— Erhöhung des Gewichts des Europaparlaments als parlamentarische

Kontrollinstanz und Mitbestimmungsgremium von Betroffenen!

— Zentralbanken nicht als europäische Überregierung! Bindung der Währungspolitik auch an sozial- und regionalwirtschaftliche Kennziffern als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit als Europas größtes Problem! (Wenn das deutsche Auswärtige Amt 1943 — sicher aus demagogischen Gründen — forderte, daß sich die europäische Einigung an der lebendigen Arbeit zu orientieren habe, sollte sich eine sozialistische Partei fünfzig Jahre später vielleicht getrauen, eine solche Forderung zu stellen?)

— Auflösung aller Geheimdienste — Eine Wende in der ohnehin aussichtslosen Konkurrenzkampft Europa gegen die beiden pazifistischen Zentren! Das Gesicht dem Süden zu! Für eine neue Wissenschafts- und Technologiepolitik als einzig realistische Sicherung des Standorts Europas! Für eine europäische Einigung, die gegen niemanden gerichtet ist und keine Außenmauern gegen andere errichtet!

5. Insgesamt empfehlen wir eine stärkere Orientierung am Bundestagswahlprogramm der PDS. Auf alle Fälle sollte von den Erfahrungen und von den Erwartungen der Menschen ausgegangen werden, an die wir uns wenden, statt mit einer Willensklärung der PDS und einem Märchenbild von dem Europa, das wir wollen, einzusteigen (*Die Welt als Wille und Vorstellung*).

— (Dieter Strützel — Stellvertreter der Landesvorsitzenden der PDS Thüringen, Rüdiger Lötzer — Kurs Geschichte)

Ein spannender Philosophiekurs für Jugendliche bis 80

Vorgestellt: Ein Roman über die Geschichte der Philosophie

Ein Überraschungserfolg in den Buchhandlungen und Kulturredaktionen im Herbst letzten Jahres war das Buch eines norwegischen Autors mit dem wenig sensationellen Titel „Sofies Welt“. Untertitel: „Roman über die Geschichte der Philosophie“. Da unter den Leserinnen und Lesern der *Politischen Berichte* einige sind, die sich für philosophische Fragen interessieren, und auch einige, die jugendliche Nachkommen haben, mag ein Hinweis auf dieses Buch nützlich sein.

Hätte der Autor es nicht geschafft, würde man die intellektuelle Leistung für unmöglich halten: Einen Überblick über die Geschichte der europäischen Philosophie zu geben, ohne Quellentexte und mit nur wenigen Zitaten, in heutiger Sprache verfasst und mit einer Rahmenhandlung verbunden, die durchaus Spannung liefert — das ganze auf 600 Seiten, für Jugendliche verständlich, wenn nicht attraktiv.

Die Rahmenhandlung beginnt mit einer 14-jährigen Sofie Amundsen, die eines Tages im Briefkasten einen Umschlag mit der Frage findet: „Wer bist Du?“ Ein Philosophielehrer, dessen Motivation und Qualifikation unklar bleiben, schreibt ihr Briefe, stellt Fragen, schickt ein Video, trifft sich schließlich auch mit der Schülerin. Schritt für Schritt, Philosoph für Philosoph, Periode für Periode, erklärt er ihr die wesentlichen Entwicklungszüge der europäischen Philosophie. Das beginnt mit den griechischen Naturphilosophen, die begannen, die Mythen zu kritisieren, nachdem Homer sie als erster aufgeschrieben und damit diskutierbar gemacht hatte.

In 35 Kapitel gegliedert, die jeweils ein sachliches Stichwort und einen Halbsatz aus dem Inhalt zum Titel haben, wird der Weg vom Jahr 700 vor der Zeitenwende bis zur Zeit nach Freud beschritten. Etwa ein Drittel des Umfangs ist der griechischen Philosophie gewidmet, ein weiteres Drittel der Zeit vom Mittelalter über die Aufklärung bis zu Kant, das letzte Drittel der Entwicklung von der Romantik bis in das 20. Jahrhundert hinein. Die letzten philosophischen Schwerpunkte sind Marx, Darwin und Freud; aber auch Sartre und Simone de Beauvoir werden noch behandelt.

Die Rahmenhandlung erfährt im Verlauf des Buches eine überraschende Wendung, deren Entwicklungen gegen Schluß immer komplizierter werden und etwas über das Verhältnis zwischen Menschen und ihren Schöpfungen aussagen — mehr soll hier nicht verraten werden.

Die Frage „Wer bist Du?“ greift der Philosoph in einem Brief an Sofie u.a. mit folgender Passage auf:

Was ist das wichtigste im Leben? Wenn wir jemanden in einem Land mit Hungersnot fragen, dann lautet die Antwort: Essen. Wenn wir dieselbe Frage an einen Frierenden stellen, dann ist die Antwort: Wärme. Und wenn wir einen Menschen fragen, der sich einsam und allein fühlt, dann lautet die Antwort sicher: Gemeinschaft mit anderen Menschen.

Aber wenn alle diese Bedürfnisse befriedigt sind — gibt es dann immer noch etwas, das alle Menschen brauchen? Die Philosophen meinen ja. Sie meinen, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Alle Menschen müssen natürlich essen. Alle brauchen auch Liebe und Fürsorge. Aber es gibt noch etwas, das alle Menschen brauchen. Wir haben das Bedürfnis, herauszufinden, wer wir sind und warum wir leben. (S. 19/20)

Das Buch gibt keine eigenen Antworten auf die gestellten Fragen. Es benennt die Antworten der wichtigsten Philosophen und zeigt, wie sie sich dialektisch, auch auf dem Hintergrund der Herausbildung der Gesellschaft und von Naturwissenschaft und Technik, entwickelt haben.

Für Deutschsprachige ist von zusätzlichem Interesse, daß sie durch mehrere Beispiele und Hinweise etwas über die norwegische Dichtung und Philosophie erfahren, die offenbar zu Unrecht hierzulande kaum bekannt sind. Ein Namenregister ermöglicht den Quereinstieg und das Nachlesen zu einzelnen Fragen, das bei der Fülle des Materials unbedingt erforderlich ist. Das Buch ist auffallend sorgfältig redigiert und solide gefertigt, es ist somit durchaus sein Geld wert.

Jedes Buch hat Grenzen. Man kann z.B. fragen: Wo bleibt die asiatische Philosophie? Buddha wird gestreift, Laotse und Kon-

fuzius bleiben unerwähnt. Das ist kein Einwand; bei einem Werk mit dieser intellektuellen Bandbreite soll man nicht fragen, was fehlt, sondern wie wurde bewältigt, was behandelt wurde.

Von besonderem Interesse ist Marx? Gaarder würdigt ihn als Philosophen des 19. Jahrhunderts, mit bedeutenden Verdiensten und mit historischen Grenzen. Das Kapitel ist in Form eines Dialogs zwischen dem Philosophielehrer und Sophie geschrieben; darin heißt es z.B.:

„Die Antwort auf die Frage, was moralisch richtig ist, war für Marx ein Produkt der gesellschaftlichen Basis. In der Tat ist es ja kein Zufall, daß in einer alten Bauerngesellschaft die Eltern bestimmten, wen ihre Kinder heiraten sollten. Es ging schließlich auch darum, wer den Hof erbt. In einer modernen Großstadt sind die sozialen Verhältnisse anders, also sucht man sich auch seine Lebenspartner anders.“ ... „In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeit so organisiert, daß ein Arbeiter in Wirklichkeit für eine andere Gesellschaftsklasse Sklavenarbeit verrichtet. Auf diese Weise ‚entäußert‘ der Arbeiter nicht nur seine eigene Arbeitskraft, sondern sein gesamtes menschliches Dasein.“

„Ist es wirklich so schlimm?“ „Wir reden jetzt davon, wie Marx die Dinge sah. Deshalb müssen wir den Ausgang auch von den Verhältnissen in den europäischen Gesellschaften um 1850 nehmen. Und da muß die Antwort ein lautes, deutliches Ja sein.“ ...

Das Buch erspart es niemandem, sich den Kopf zu zerbrechen. Es verbessert vielmehr die Voraussetzungen dazu. Als Gesamttext ist es für die Schulung in Kursen vermutlich zu umfangreich, aber für die eigene Lektüre nicht zu schwer. Es ist gewiß kein Ersatz für ein Philosophiestudium, aber eine lohnende Beschäftigung für die, denen ein reguläres Philosophiestudium nicht möglich ist. Das Lesen von Quellentexten ist damit nicht überflüssig, aber deren Verständnis mit Sicherheit erleichtert. — (mit)

Jostein Gaarder, *Sofies Welt*. Roman über die Geschichte der Philosophie, Hanser 1993 (Original: Oslo 1991), gebunden, DM 39,80.

Luciano De Crescenzo
oi dialogoi
Von der Kunst miteinander zu reden
Diogenes



Luciano De Crescenzo
Also sprach Bellavista
Neapel Liebe und Freiheit
Diogenes



Gespräche über Kunst und Philosophie

Vorgestellt: Unterhaltsame Bücher aus Italien

In einer Pflörtnerloge in Neapel treffen sich abends ein paar Leute aus dem Stadtviertel und reden über Gott und die Welt. Regelmäßige Teilnehmer sind Professor Bellavista, Anhänger des Wiener Philosophen Popper, der Vizeersatzhausmeister Salvatore, Marxist, und dessen konservativer arbeitsloser Freund Saverio, der, wie er selber sagt, jederzeit zur Verfügung steht. Dazu gesellen sich Leute, die gerade vorbeikommen. Luciano De Crescenzo, 1929 in Neapel geboren, Verfasser dieser Unterhaltungen, schrieb zuerst das Bändchen „Also sprach Bellavista. Neapel, Liebe und Freiheit“ und dann eine Art Fortsetzung „Oi dialogoi. Von der Kunst, miteinander zu reden“. De Crescenzo war früher Ingenieur und Manager bei IBM. Heute schreibt er Bücher und macht Filme.

Einmal berichten Salvatore und Saverio von einer Ausstellung moderner Kunst, die sie morgens besichtigt haben. Salvatore ärgert sich über ein Kunstwerk, auf dem er sich aus Müdigkeit niedergelassen hatte. Es stellte einen Stuhl dar, und der Museumswärter hatte ihn vertrieben. Ferner sieht er nicht ein, wieso eine Leinwand mit verschiedenen Schnitten Kunst sein soll und fragt Bellavista nach seiner Meinung. Bellavista doziert: „Ich behaupte daher, daß immer dann, wenn es zu einer Übertragung von Gefühlen kommt, Kunst im Spiel ist, wenn hingegen nichts beim Betrachter ankommt, dann hat das Ganze nichts mit Kunst zu tun.“ Salvatore schließt daraus, daß die Sackleinwand, bei der er nichts

gesehen hat, keine Kunst ist. Bellavista meint dagegen, für ihn hätte es Kunst sein können. Zur Erklärung greift er auf den alten griechischen Philosophen Protagoras zurück und faßt dessen Lehre zusammen: „Protagoras wollte sagen, daß jeder von uns der Mittelpunkt des Universums ist. Jeder von uns kann entscheiden, was ist und was nicht ist.“ Demnach kann ein Mann, der Sack zerschneidet, für den einen ein Wandale, für den anderen ein Künstler sein. Das Netze an dieser Geschichte ist, daß zwischendurch erzählt wird, wie Bellavista durch Salvatore Vermittlung ein Bild erwirbt, das der Besitzer aus großer Geldnot billig verkauft. Leider ist das Bild gefälscht, und Bellavista muß sich von dem selbstbewußten Betrachter belehren lassen: „Und die Gefühle? Was machen wir damit? ... Sie haben diese Gefühle kaputtgemacht, so wie ein Kind sein Spielzeug zertrümmert, um nachzuschauen, wie es von innen aussieht. Und jetzt kommen Sie mit den Scherben an und wollen Ihr Geld zurück. Halten Sie das für richtig? Geben Sie mir die Gefühle zurück, die ich empfunden habe, und ich werde Ihnen mit dem größten Vergnügen Ihr Geld zurückerstatten.“

Um diese Sorte Geschichten möglichst frisch und lebhaft darzustellen, erfand De Crescenzo ein eigenes Verfahren. Zuerst sprach er seine Texte in neapolitanischem Dialekt auf Tonband und übersetzte sie dann selber ins Italienische. Die deutsche Übersetzung bietet sicher nur einen Abganz davon.

Die Geschichten dieser Personen wechseln sich ab mit Dialogen, die Sokrates, der antike griechische Philosoph, mit seinen Schülern führt. Machart und Ton sind den Texten nachgeahmt, die Platon von den Gesprächen seines Lehrers überliefert hat. Die Themen aber, über die Sokrates sich verbreitet, entstammen dem heutigen Leben. Es geht um Ufos und grüne Männchen, um die sinnvolle Gestaltung von Stoßstangen für Autos und ums Fernsehen.

Das hört sich zum Beispiel so an: „Simmias: Wie, o Sokrates, würdest du das Fernsehen benutzen, wenn du Macht darüber hättest? Sokrates: Als erstes würde ich das Testbild abschaffen. Simmias: Das Testbild? Sokrates: Ja, ich würde es durch ein erzieherisches Programm ersetzen, das kaum Kosten verursachen würde.“ Sokrates entwickelt dann die nicht sehr menschenfreundliche Idee eines modernen Frangiers, an dem Verbrecher im Fernsehen zur Schau gestellt würden.

Die beiden Bücher sind unterhaltsam, und man kann sich im Spaß oder im Ernst anregen lassen, sich mit einigen Philosophen näher bekanntzumachen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß De Crescenzo zwei weitere Bücher über die Geschichte der Philosophie geschrieben hat. Das eine behandelt die Vorsokratiker, das andere die Geschichte der Philosophie von Sokrates bis Plotin. — (ant)

Luciano De Crescenzo: *Also sprach Bellavista*. Neapel Liebe und Freiheit. Diogenes Taschenbuch 21 670, 14,80 DM. Ders.: *Oi Dialogoi*. Von der Kunst miteinander zu reden, diogenes Taschenbuch 21 758, 9,80 DM.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zölperer Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zölperer Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümler (über GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zölperer Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgironet Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, der NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 50674 Köln, Zölperer Straße 7 Tel. 0221/21 1658, Fax 0221/21 53 73 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg Tel. 040/22042 78, Fax 040/229 74 19 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 10829 Berlin Tel. 030/781 52 22 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover Tel. 05 11/35208 16 GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölperer Straße 7, 50674 Köln Tel. 0221/21 1658, Fax 0221/21 53 73 GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32 GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München Tel. 089/502 65 41, Fax: 089/502 81 12 GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz Tel. 03 42 04 / 20 93